

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moriaplatz 15195-97
Expedition Moriaplatz 11753-54

Freitag, den 2. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moriaplatz 11753-54

Poincaré verteidigt sich.

Paris, 1. Juni. (W.B.) Die Kammer setzte heute nach-
mittag, am fünften Tage der Interpellationsdebatte über die aus-
wärtige Politik der Regierung unter großem Andrang des Publi-
kums ihre Beratungen fort.

Ministerpräsident Poincaré

ergreift das Wort zur Beantwortung der Interpellationen.
Ich möchte zunächst, so sagt er, ein Mißverständnis be-
seitigen. Die Lage in Oberschlesien kann nicht verglichen
werden mit der am linken Rheinufer. Das geht aus dem Versailler
Friedensvertrag hervor. Die Kontrollkommission ist souverän und
ähnelt in keiner Weise der Internationalen Kommission im besetzten
Gebiet. Das internationale Gericht urteilt alle Verbrechen ab, deren
Opfer die französischen und alliierten Truppen geworden sind. Der
Ministerpräsident geht auf diese Zwischenfälle näher ein und erklärt,
in der Peiersdorfer Angelegenheit seien 15 Schuldige abgeurteilt
worden. Es verleihe sich von selbst, daß, wenn die Regierungs-
kommission den deutschen Platz räume, die Schuldigen in
außerdeutsche Gefängnisse zur Abtötung der Strafen
übergeführt würden. (Beifall.) Poincaré geht sodann auf die
Waffenjunde in Olschitz und die damit in Zusammen-
hang stehende Explosion ein. Solange Deutschland nicht helfe, die
Schuldigen zu suchen und aufzufinden, sei man genötigt, an seinen
Gefühlen zu zweifeln und dementsprechend zu handeln. Er habe
sich gewundert, daß man so viele Soldaten auf den Friedhof ent-
sandt habe, obwohl man benachrichtigt gewesen sei, daß man
ihn unterminiert habe. Eine Untersuchung sei eingeleitet.
Gegen einen Verwaltungsbeamten und einen Leutnant sei das
Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Solche Gefahren für die
französischen Truppen müßten beseitigt werden. Die alliierten
Truppen dürften nunmehr bald aus Oberschlesien zurück-
gezogen werden. Die französischen Truppen seien es gewesen, die
am stärksten (?) zur Sicherstellung des Friedens beigetragen hätten,
trotzdem man Frankreich so gerne anfrage, daß es ihn gefährde.

Frankreich sei der beste Verteidiger des Friedens

in Oberschlesien, am Rhein und überall. Frankreich könne man nicht
anklagen, eroberungslustig zu sein. Die erste Bedingung des dauer-
haften und wirklichen Friedens sei, daß man ihn nicht auf einer
Verletzung des Völkerrechts aufbaue. (Sehr richtig! 14 Punkte
Wilson! Red. d. „Vorwärts“.)

Der Ministerpräsident geht sodann auf die Besprechung der
Orientangelegenheit ein. Die Bemühungen in Athen und
in Angora den Frieden herbeizuführen, hätten noch keinen Erfolg
gehabt. Hierauf bespricht Poincaré die Konferenz von Genua.
Die Canner Entschliebung sei ziemlich beunruhigend ge-
wesen. Er habe sich bemüht, von den Alliierten Bürgschaften zu
erlangen, namentlich in der Richtung, daß Deutschland die Frage
der Reparationen und der Verträge nicht aufwerfen
dürfe. Das sei geschehen. Die Entwaffnungsfrage habe
nicht besprochen werden dürfen, weil der Völkerrund damit
betraut sei und weil man dessen Befugnisse nicht im entferntesten
schmälern lassen wolle. Auch die Weisungen an die französische
Delegation in Genua verliest der Ministerpräsident, um auf die An-
frage zu antworten, die französische Regierung habe versucht, die
Genuaer Konferenz zum Scheitern zu bringen. Ministerpräsident
Poincaré legt die Verlesung der Weisungen an die französische Dele-
gation fort und erinnert an die Punkte, in denen Frankreich mit
England in bezug auf die Anerkennung der Moskauer Regierung
einstimmig war. Falls Entschliebungen eingebracht wären,
die den der Delegation abgegebenen Weisungen zuwiderläfen, hätte sie
bei der Regierung in Paris anfragen müssen. Auch die Petro-
leumfrage werde in den Weisungen behandelt und schließlich
die Reparationsfrage. Auf den Zwischenruf eines Kom-
munisten, warum er, Poincaré, nicht nach Genua gegangen sei,
antwortet Poincaré: weil ich keine Elle hatte, einige Ihrer Freunde
dort zu treffen und weil es unerlässlich war, daß der Ministerpräsident
während der Konferenz in Paris blieb. Die Weisungen, die
man der Delegation erteilt habe, seien einstimmig von den Ministern
gebilligt und loyal befolgt worden. Frankreich habe nichts unter-
nommen, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen, es habe im
Gegenteil den Beweis seiner großen Geduld gegeben und er habe
keine der Gelegenheiten ergriffen, die sich ihm schon nach 14 Tagen
zum Abbruch geboten hätten. Wenn die politische Konferenz
Scheitern gelte, dann habe wenigstens die Wirt-
schafts- und Finanzkonferenz Erfolg gehabt. Die
wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Europas könne sich
auf der Grundlage der Arbeiten von Genua vollziehen.

Poincaré fuhr fort: Barthou habe sich darum bemüht, daß
die Vertreter der Kleinen Entente ebenso behandelt würden,
wie die Vertreter Deutschlands und Russlands. Frankreich habe sich
geweigert, an allen Verhandlungen teilzunehmen, die Minister
Rathenau am 15. (?) April über die Reparationsfrage
habe herbeiführen wollen. Man habe auch darauf verzichtet
müssen, in Genua in Anwesenheit der Deutschen solche Fragen zu
erörtern, die nur unter den Alliierten hätten erörtert werden können.
Der deutsche Reichsminister habe davon gesprochen, daß in Genua
oft von der Reparationsfrage die Rede gewesen sei. Das sei wohl
möglich, es sei aber immer unter Ausschluß Frankreichs ge-
schrieben. Deshalb gehe das auch Frankreich nichts an.

Seit der ersten Vollziehung war es klar, daß Licht-
scherin die Abrüstungsfrage erörtern wollte. Barthou
hat protestiert, und die Zeit hat bewiesen, daß er im Recht war. Der
plötzlich veröffentlichte

Rapallo-Vertrag

war nur eine Bestätigung lange vorher bekannter Tatsachen. Es
war aber unzulässig, daß Deutschland und Russland Sonder-
abmachungen trafen. Anstatt beide Staaten sofort von der Kon-
ferenz auszuschließen, behandelte man sie milde und schloß

sie nur aus der ersten Kommission aus. Sofort danach hätte Frank-
reich Genua verlassen können,

wäre damit aber allein dagestanden

und wäre beschuldigt worden, dem gemeinsamen Werk kein Ver-
trauen entgegenzubringen. Infolgedessen blieb Frankreich.

Ueber die Vorkriegsschulden kam das Einvernehmen
unter den Alliierten ohne Schwierigkeiten zustande. Hier wurde
die Sitzung bis 5 Uhr unterbrochen. Nach Wiederaufnahme fährt
Poincaré fort und legt die Bedingungen des interalliierten Ein-
vernehmens wegen der russischen Vorkriegsschulden dar. Frank-
reich sollte 50 Proz. seiner Forderungen erlassen, ohne daß aber
seine eigenen Schulden um 50 Proz. verringert würden. Die fran-
zösischen Delegierten sahen durch, daß diese Frage später geregelt
werden sollte. Hinsichtlich des Privateigentums der Aus-
länder in Rußland forderte Frankreich von Rußland ernste Garan-
tien. Die Engländer waren anderer Auffassung, nicht aber die
Belgier, und Frankreich schloß sich deren Ansicht an. Obwohl es
Frankreich nicht möglich war, die Beratungen unter diesen Bedin-
gungen fortzusetzen, blieben die Franzosen in Genua. Sie taten
alles, um einen Mißerfolg der Konferenz zu vermeiden. Wenn
dieser Mißerfolg aber dennoch eingetreten sei, so sei daran die he-
erausfordernde Haltung der Bolschewisten schuld. Als der Gedanke auftauchte, eine Sachverständigenkonferenz nach
dem Haag zu berufen, habe es sich

volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

Amerika hat ausdrücklich erklärt, an dieser Konferenz nicht
teilnehmen zu wollen. Ohne Amerika wären die Beratungen aber
unvollständig, und der Wiederaufbau Europas wäre ohne
Amerikas Mißhilfe unmöglich. Frankreich wünscht aber zu wissen,
was im Haag geplant werde. Die französische Regierung hat noch
keinen Beschluß gefaßt und wird jedenfalls alle notwendigen
Garantien fordern. Er werde sich weigern, an einer neuen
politischen Konferenz teilzunehmen, was auch die Vereinigten
Staaten tun würden, ohne sie könnte nichts geschehen. Die fran-
zösische Regierung habe keine Verpflichtungen, weder in dem einen,
noch in dem anderen Sinne übernommen. Die französische Politik
sei im Schlepptau keiner anderen Politik in Genua gewesen,
das müsse er Lardieu gegenüber erklären. Er habe den richtigen
Begriff von der Größe Frankreichs, und die französische Regierung
werde mit allen Alliierten in Fühlung bleiben, mit der Regierung
der Vereinigten Staaten und mit den ehemaligen neutralen Mächten.
die französische Regierung werde diesen Mächten ihre Meinung
über die Haager Konferenz kundgeben und Sachverständige
entsenden.

Mit Lardieu sei er einig, die These von Regnes vom wirt-
schaftlichen Materialismus zu verurteilen. Man rede immer, als
ob Frankreich große Summen oder viele Waren von Deutschland
erhalten habe. England leide gewiß, es seien eben wäh-
rend des Krieges ungeheure Reichtümer zerstört worden. Die Welt
werde nicht wieder geblüht werden, wenn sie sich nicht in Ordnung
an die Arbeit begeben könne. Sembat habe sehr ernste Dinge
über die Beurteilung Frankreichs im Zustande gesagt, und er habe
dann die Regierung angeklagt. Für die Ausländer und für die
Welt werde Frankreich durch seine Regierung vertreten, niemals
könne man zulassen, daß die Ausländer sich in die inneren An-
gelegenheiten Frankreichs einmischten. Er werde auch nicht
gestatten, daß man eine Unterscheidung zwischen
Frankreich und seiner Regierung mache. Diese An-
klagen seien Frankreichs unwürdig.

Poincaré bespricht alsdann das

Verhältnis Frankreichs zu Deutschland.

Frankreich sei geneigt, alle Mittel ausfindig zu machen, um dem all-
gemeinen Wohle durch eine lokale Zusammenarbeit zu
dienen, aber man sei von gewissen Bedingungen abhängig.
Die erste sei, daß man nicht von Frankreich verlange, daß es
Deutschland irgendeines der Rechte opfere, die es von den Ver-
trägern herleite. (Beifall.) Deutschland sei nicht überfallen
worden, es sei in Frankreich eingedrungen und habe
die belächelte Neutralität verletzt. Deutschland sei es gewesen, das
einen Plan systematischer Zerstörung der französischen
Provinzen durchgeführt habe, deren Wiederherstellung Frankreich
verlange. Der Abgeordnete Marc Saugnier scheine sich in
Berlin von einschläfernden Phrasen haben überzeugen
lassen. Er, Poincaré, habe vor dem Kriege von deutschen Persön-
lichkeiten Bekundungen der Liebe für Frankreich gehört, die dann
später sich als die schlimmsten Feinde Frankreichs erwiesen hätten.
Er sage nicht, daß man nicht die Wiederaufnahme normaler Be-
ziehungen wünschen müsse, aber man dürfe nicht die An-
zeichen des Hasses außer acht lassen, die Deutschland be-
wegten. Jaurès habe einmal von dem schaffenden Haß ge-
sprochen. Wir — Frankreich und Deutschland —

haben uns geschlagen und geschlag.

Der Abgeordnete Marc Saugnier ruft: Als wir uns geschlagen
haben, war in unseren Herzen mehr Liebe als Haß. Poincaré
erwidert: Die Liebe zur Gerechtigkeit hat uns die Augen
hellen lassen, die sich gegen die Gerechtigkeit vergangen haben.
Poincaré fährt dann fort, Frankreich sei

berechtigt, von Deutschland Reue zu erwarten,

wenn es sich aber um die Kriegsverantwortung handele, um die
Kriegsschuldigen oder um die Reparationen, dann erfahre man
täglich Beweise des schlechten Willens Deutsch-
lands. Warum hätten Sananier und Albert Faure nicht
der vorgestrigen Sitzung des Reichstags beigewohnt? Dann
hätten sie gesehen, daß die Tribunen mit den schlechten
Farben geschmückt gewesen und daß zahlreiche Abgeordnete in
Trauerkleidern erschienen seien.

(Schluß auf der 3. Seite.)

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komparatizelle
kostet 10.— M. — Reklamezelle 30.— M.
„Kleine Anzeigen“ das festgedruckte
Wort 4.— M. (zählend zwei festge-
druckte Worte), jedes weitere Wort
2.— M. Stellengedruckte und Schil-
deranzeigen das erste Wort 2,50 M.,
jedes weitere Wort 2.— M. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten 5.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Das Provisorium.

Das Schreiben der Reparationskommission vom 31. Mai,
das wir gestern hier veröffentlichten, bedeutet sachlich die
schärfste Beurteilung des Londoner Finanz-
diktats vom 5. Mai v. J. Senes Finanzdiktat, das uns
als Frucht einer zehnmonatigen Regierung der Deutschen
Volkspartei auf den Kopf fiel, zwang uns unter den schwersten
Drohungen zu dem Versprechen, daß wir 132 Milliarden Gold-
mark bezahlen würden, wovon in den ersten Jahren etwa
3,2 Milliarden jährlich fällig waren. Die Reparationskom-
mission hat jetzt anerkannt, daß wir diesen Betrag nicht zahlen
können. Sie hat ihn für das laufende Jahr auf 720 Millionen
Barleistungen und 1450 Millionen Sachleistungen herabgesetzt.
Das wäre zunächst eine Minderung um etwa 33 Proz. vom
Hundert. Indes sind die Sachleistungen einigermaßen proble-
matisch, da keine Sicherheit für ihre volle Aufnahme geschaffen
ist. Tatsächlich werden wir in diesem Jahr erheblich weniger
zahlen, als der Londoner Finanzplan vorsieht, und das
mit Zustimmung der Reparationskommission geschieht, so be-
deutet das die autoritative Feststellung, daß uns der Londoner
Finanzplan mehr zugemutet hat, als wir leisten können.

Damit hat der ganze 132-Milliarden-Plan einen emp-
findlichen Stoß erhalten. Als er aufgestellt wurde, hat es
wohl nicht allzuvielen Menschen auf der Welt gegeben, die ihn
für durchführbar hielten. Wer aber soll ihn jetzt dafür halten,
nachdem er gleich im ersten Anlauf so kläglich
versagt hat? Die Zahlungsvereinfachungen sollen nur
für das laufende Jahr gelten, aber niemand wird die Hoff-
nung hegen, daß Deutschland im nächsten Jahr den vollen
Betrag würde zahlen können. Es werden also neue Verhand-
lungen notwendig sein, und auch sie werden zu einer Herab-
setzung der deutschen Leistungen führen müssen. Kann man
sich vorstellen, daß das in Ewigkeit so fortgehen kann, daß
auf Deutschland als Schuldner und den Ententestaaten als
Gläubigern ewig eine solche Unsicherheit lasten könnte, ohne
daß darüber die ganze Weltwirtschaft zugrunde ginge?

Mit der Ausnahme der amerikanischen Anleihe-
verhandlungen ist nun ein neues Moment in die Ent-
wicklung des Reparationsproblems eingetreten. Verschiedene
Pariser Meldungen wollen jetzt schon wissen, daß die amerika-
nischen Geldgeber jede Anleihe für unmöglich erklärt hätten,
solange der Londoner Finanzplan bestände. Erst wenn eine
Herabsetzung der deutschen Gesamtverpflichtung erfolgt sei,
könne von einer Anleihe die Rede sein.

Wir wissen nicht, ob diese Meldungen zutreffen, wahr-
scheinlich eilen sie den Tatsachen weit voraus. Würden sie sich
aber schließlich doch als richtig erweisen, so könnte das nicht
überraschen, denn in der berühmten Erklärung der Bank von
England ist eben schon dasselbe gesagt. Was aber dann?

Die deutsche Regierung hat in ihrer letzten Note zuge-
sagt, daß sie den Versuch machen werde, ihre Ausgaben durch
laufende Einnahmen zu decken, falls sie durch
das Zustandekommen der Anleihe die dazu nötige Hilfe er-
halte. Bleibt die Anleihe aus, so bleibt die Unmöglichkeit, den
deutschen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen, und selbst
die Zahlungsmöglichkeiten für die herabgesetzten Beträge —
von den ursprünglichen des Londoner Plans gar nicht zu
reden — sind dann in Frage gestellt. Was dann? Die Repa-
rationskommission behält sich vor, die gewährten Zahlungs-
vereinfachungen zu widerrufen, das heißt: wenn Deutschland
selbst den Teil nicht zahlen kann, wird sie von ihm
Zahlung des Ganzen verlangen. Wer glaubt, daß eine
solche Konsequenz in die Wirklichkeit überführt werden kann,
wer glaubt, daß die alliierten oder die französischen Truppen
allein ins Ruhrrevier einmarschieren können, weil die
Amerikaner, ohne Geld zu hinterlassen, wieder nach
Hause gefahren sind?

Die letzte deutsche Note zur Reparationsfrage zeigt ein
deutliches Entgegenkommen an französische und eng-
lische Wünsche. Frankreich will Bargeld sehen, England
will den „Balutadumping“, die gesteigerte Konturenfähigkeit
der mit schlechtem Lohngehalt zahlenden deutschen Industrie, zum
Stillstand bringen. Ein Entgegenkommen an amerika-
nische Wünsche enthält die deutsche Note aber nicht aus
dem einfachen Grunde, weil diese zur Zeit ihrer Abfassung
noch gar nicht bekannt waren. Aber sicher ist, daß sich auch
diese amerikanischen Wünsche noch geltend machen werden,
und sollten sie auch noch nicht auf eine Gesamtrevision der
deutschen Zahlungsverpflichtung dringen, so werden sie doch
auf erhebliche Abänderungen des vorläufigen Abkommens, auf
dem das gewährte Moratorium beruht, hinführen.

Alles in allem, die Situation ist so dunkel, daß man
beinahe sagen kann: „Nichts ist gewiß als das Ungewisse.“
Oder vielmehr, etwas darüber hinaus ist doch gewiß, näm-
lich, daß nach der neuesten Entscheidung der Reparations-
kommission niemand mehr an die Durchführbarkeit des Lon-
doner Finanzdiktats glauben kann und daß das ganze System
des gewaltsamen Zahlungszwangs, wie es im
Dokument von Versailles aufgebaut wurde, ins Wanken ge-
raten ist.

Es läßt sich trotz aller Berwirrung sagen, daß eine Ent-
wicklungsstunde sichtbar wird, die sich, sei es auch nur

nach wiederholten Krisen, schließlich durchsetzen muß. An die Stelle der unmöglichen Summe, die von Deutschland zwangsweise eingetrieben werden soll, wird schließlich eine mögliche treten, die es in freier Schuldverpflichtung auf sich nehmen wird. Die ganze Welt wird dann zufrieden sein; denn an die Stelle zweifelhafter Forderungen, mit denen niemand etwas anfangen kann, werden sichere treten. Deutschland wird zahlen nicht unter dem Druck von Gewaltdrohungen, die sich mit der Zeit naturgemäß abstumpfen, sondern unter der Wirkung der Erkenntnis, daß es nur als pünktlicher Zahler seinen Kredit aufrechterhalten und damit seine Wirtschaft in Ordnung bringen kann.

Dieses Ziel ist nicht von heute auf morgen zu erreichen, aber wer nicht blind ist, der erkennt, daß wir im letzten Jahr auf dem Weg zu ihm doch schon ein ganzes Stück weiter gekommen sind. Das System des Londoner Finanzdikts, der Okkupationen, der Sanktionen, der Kontrollkommissionen kann nicht durch rasende Redensarten mit einemmal beseitigt werden; nur eine kluge und geduldige Politik kann Schritt für Schritt seinen Widersinn erweisen und der unermesslichen Revision den Weg bahnen. Die Sünden derer, die uns zur „Erfüllungspolitik“ gezwungen haben, indem sie den Krieg bis zum Verfallenen Frieden und die „Politik des Widerstands“ bis zum Londoner Finanzdikt getrieben haben, sind zu groß, als daß sie in einem Tage gutgemacht werden könnten. Trotzdem verzagen wir nicht an einer endlichen Lösung, die allen Völkern gleichmäßig Freiheit und Existenzmöglichkeit sichern wird.

Baekers Rückzug.

Der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Paul Baeker, hatte es gewagt, der deutschnationalen Reichstragsfraktion und ihrem Führer Hergt die Torheit ihres Mißtrauensantrages auseinanderzusetzen. Dafür hat er eine scharfe Rüge erhalten, und da der deutschnationalen Mannesmut in Fragen des Charakters immer nur auf 24 Stunden vorreicht, so sehen wir Herrn Baeker im Bürgergewand einen verlegenen Rückzug antreten. Wie das in solchen Fällen üblich ist, hat alle Welt die ganz klaren Ausführungen des Herrn Baeker „mißverstanden“, sie waren „eine wesentlich akademische Abhandlung“, haben sich „gar nicht gegen die tatsächliche Grundeinstellung Hergts gerichtet“, und was dergleichen Verlegenheitsphrasen mehr sind. Schließlich betont Herr Baeker, daß die „Deutsche Tageszeitung“ durchaus kein Parteiorgan der Deutschnationalen, sondern das Organ der deutschen Landwirtschaft sei.

Vor soviel Demut und Untermwürdigkeit schweigt jede Kritik. Es bleibt nur das tiefe Mitleid mit der Kulturnot unserer Berufskollegen von der rechten Fakultät.

Kommunistischer Agitationschwandel.

Die „Rote Fahne“ warbt ihren Gläubigen mit einem neuen Agitationsstück auf, der schon seit einiger Zeit zu erwarten war. Sie behauptet, daß im Breussischen Landtag bei der Beratung des Justizetats die Sozialdemokraten einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Abtreibungsparagraphen niedergelegt hätten.

Die Sache ist wesentlich anders. Bei jeder Beratung des Justizetats bringen die Kommunisten gewohnheitsmäßig eine Flut von Anträgen ein, die so oberflächlich bearbeitet, so schludrig abgefaßt und so wenig durchdacht sind, daß selbst bei Vorhandensein eines brauchbaren Kerns eine Annahme in der Form, wie die Kommunisten ihre Anträge formuliert haben, nicht möglich ist. Wenn die Sozialdemokraten dann diesen Anträgen nicht zustimmen, deren Konsequenzen oft ganz andere wären, als die Antragsteller beabsichtigen, dann erhebt sich demagogisches Entrüstungsgeräusch, und es wird so dargestellt, als hätte die Sozialdemokratie gegen den Grundgedanken des Antrages gestimmt und nicht, wie es tatsächlich der Fall ist, gegen seine unmögliche Fassung.

So war es auch hier. Die Kommunisten beantragten einfach Streichung sämtlicher Strafbestimmungen auf die

Abtreibung. (Der ganze Antrag hatte, nebenbei bemerkt, nur moralischen Wert, da die Änderung des Strafgesetzes nicht Sache des Landtages, sondern des Reichstages ist.) Nun wird aber jeder Verknüpfte, wenn er auch noch so weitgehende Einschränkungen der heutigen mittelalterlichen Strafbestimmungen fordert, zugestehen, daß gewisse Kautelen bleiben müssen, damit nicht gewissenlose Elemente und Putschler, wie dies leider gar zu häufig vorkommt, die schwangeren Frauen auf das schwerste in ihrer Gesundheit schädigen. Wer es mit den Frauen wirklich gut meint, kann nur dafür eintreten, daß Abtreibung dann straflos bleibt, wenn sie in sachgemäßer und nicht gesundheitsgefährdender Weise vorgenommen wird.

Deshalb beantragten die Sozialdemokraten die Ueberweisung des Antrages an den Rechtsausschuß, damit er dort eine brauchbare Fassung erhalte, die den modernen medizinischen und strafrechtlichen Erkenntnissen auf diesem Gebiete Rechnung trägt. Aber dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar auch mit den Stimmen der Kommunisten, denen es eben nicht um wirkliche Strafrechtsreform, sondern um bloße Agitation zu tun ist. Sie wollten durchaus ihren Antrag in seiner unannehmbaren Form belassen, um dann aus seiner Nichtannahme Kapital für ihre Agitation schlagen zu können, wie dies nunmehr geschieht. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zur Abtreibungsfrage werden sie freilich damit nur ganz Dumme täuschen. Wer diese Stellung, die auch die Stellung der Landtagsfraktion ist, kennen lernen will, den verweisen wir auf die ausgezeichnete kleine Broschüre der Genossen Kadbruch und Dr. Grosjan.

Nationalistische Brandstifter.

Hamburg, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die gewaltige Demonstration der Hamburger Arbeiterkassen am Mittwochabend gegen die nationalistische Treiberei hat noch in der Nacht zum Donnerstag die Teilnehmer an der Stageral-Feier der Deutschnationalen nicht ruhen lassen. Stochtrupps, die nach der Art ihrer Leistungen unzweifelhaft aus ehemaligen Freikorps-Leuten und Offizieren zusammengesetzt waren, versuchten das Gebäude der „Hamburger Volkszeitung“, des Organs der SPD, in Brand zu stecken. Mittels einer Zündschnur wurde Feuer an die Schaufenster, deren Scheiben man zertrümmerte, gelegt, so daß die Auslagen vollständig ausgebrannt sind. Durch einen Zufall wurde das Ueberbleibsel des Feuers auf Papierrollen usw. verdrängt. Noch roher und gemeiner ist ein Verbrechen, das die nationalistische Rasse, wie sich erst am Donnerstag nachmittag herausstellte, in derselben Nacht noch vollbracht hat. Zufällig wurden auf dem Ohlsdorfer Friedhof beim Denkmal der Revolutionsoffer Hamburgs Vorrichtungen bemerkt, um das Denkmal in die Luft zu sprengen. Durch die Feindschaft waren sachgemäß angelegte Zündschnüre, obwohl sie abgebrannt waren, nicht an die aus Altkoglyzerin bestehende Ladung herangelangt, die bei einer Explosion unfehlbar auch das Direktionsgebäude in Mitleidenschaft gezogen hätte, so daß auch hier zum Glück größerer Schaden vermieden wurde. Am Tatort fand man die Gerätschaften, eingewickelt in nationalistiche Hamburger Blätter. Von den Tätern fehlt natürlich jede Spur.

Schweyer und Miesbach.

München, 1. Juni. (WZ.) In der heutigen öffentlichen Landtagsführung führte der Minister des Innern Dr. Schweyer bei Beratung seines Etats aus: Im Verhältnis Bayerns zum Reich sei auch das postgeleitete Gebiet von größter Wichtigkeit. Bei den Verhandlungen über den Ausnahmezustand im vergangenen September habe Bayern erreicht, daß den Regierungen der Länder ausdrücklich das Recht zuerkannt wurde, auch weiterhin außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung zu verfügen. Den Umständen, daß auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes die Ruhe im Lande erhalten bleibe (No allo! Red.), führte der Minister darauf zurück, daß der denkende Teil der Massen es seit bekommen habe, die eigene Haut fanatisierten Wirtspöfer zu opfern, zum Teil sei auch Ursache, daß gewisse sogenannte Führer wissen, daß die Regierung alle Bewegungen aufmerksam verfolgt und wohlgerüstet dasteht. Endlich spielt die absolute Zuverlässigkeit aller Polizeiorgane (die fast immer gegen Ergesse der Rechten verlogen. Red.) eine Rolle. Auf dem Gebiet der Polizei müsse der Reichsun-

tarismus ausgeschlossen sein. Die bayerische Regierung sei entschlossen, gegen jede direkte oder indirekte Einmischung in bayerische Verhältnisse, besonders gegen das Spitzelwesen (!) vorzugehen. Er könne nicht zugeben, daß gegenüber den unerfreulichen Erscheinungen des politischen Radikalismus mit zweierlei Maß gemessen werde. Der Minister erklärte weiter, den angeforderten nationalsozialistischen Rundgebungen anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten Ebert in München könne mit Ruhe entgegengekehrt werden. Die Polizei habe alle erforderlichen Maßnahmen getroffen und werde derartige Rundgebungen zu verhindern wissen.

Zu der Behauptung des Herrn Schweyer, daß „gegenüber den unerfreulichen Erscheinungen des politischen Radikalismus keineswegs mit zweierlei Maß gemessen werde“, können wir gleich einen Beleg erbringen. Ueber den Erlaß der Reichsregierung, daß die monarchistischen Bilder aus den Reichsfinanzämtern in Bayern zu entfernen sind, schreibt der „Miesbacher Anzeiger“ vom 28. Mai 1922 völlig unangefochten folgendes:

„Aber so wahr als wir heute unter der Fuchtel seiner Beschnittenheit des Erzellenzen Cohn schmachten, so wahr kommt auch die Zeit, wo wir sie aufhängen werden alle die Juden-erschellenzen und die Regierungsspeichellecker mit dem Sowjetstern unterm Nabelbruch, wo wir sie aufhängen an dem nächsten Gelgen — bildlich gesprochen Herrn Juden-Senior am Kurfürstendam, aufhängen neben der schwarzrothelma dreifigen Reichsflagge, die zur Schmach Münchens noch immer oder neuerdings wieder am Bahnhof Heddel. Erzellenz Cohn, auf eure Geheimnisse wäre gesch... geschäftsmäßig, wenn man sprechen wollte, wäre gepiffen, wenn nicht der Bureaokratenhengst wäre, der alles macht, damit ihm sein Fucheloch erhalten bleibt.“

Indem solche schamlosen Ergüsse Tag für Tag ins Volk gehen, während dem Dichter Ernst Toller der Urlaub zu einer einzigen Aufführung eines seiner Stücke verweigert wird, beweist Herr Schweyer vorzüglich, daß von einem Messen mit zweierlei Maß keine Rede sein kann!

Neue Geschäftsordnung im Reichstag.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat nach mehr als einjähriger Arbeit den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung vorgelegt. Er bringt in 122 Paragraphen im wesentlichen die alten Bestimmungen. Neu aber ist eine Stärkung der Präsidialgewalt, die dem Präsidenten das Recht gibt, bei größlicher Verletzung der Ordnung nicht nur den Ausschluß für eine Sitzung auszusprechen, sondern, wenn der Abgeordnete trotzdem die Sitzung nicht verläßt, den Ausschluß auf acht bis zwanzig Tage auszudehnen. Im Geschäftsordnungsausschuß war angeregt worden, für diese Zeit auch die Diäten zu entziehen und die Verurteilung zur Freifahrt aufzuheben. Beide Anregungen wurden fallen gelassen. Wahrscheinlich wird ein Teil der bürgerlichen Parteien versuchen, im Plenum nach Verschärfungen durchzusetzen. Es ist aber anzunehmen, daß sie damit nicht durchbringen werden, da die kommunistischen Störenfriede sich seit einiger Zeit ruhiger benehmen und deshalb eine noch schärfere Geschäftsordnung zurzeit nicht notwendig zu sein scheint. Der Reichstag hat es ja in der Hand, seine Geschäftsordnung sofort zu verändern, wenn dies nötig sein sollte.

Wichtig ist, daß die Redezeit im allgemeinen auf drei Viertelstunden beschränkt wird. Für bestimmte Beratungen kann die Rededauer durch Beschluß des Reichstages verlängert werden.

Der Beschleunigung der Parlamentsarbeit dient auch eine Einschränkung der Kleinen Anfragen, die allzu zahlreich gemordet waren. In Zukunft muß jede Kleine Anfrage von 30 Mitgliedern unterstützt sein. Die Regierung wird schriftlich antworten und nur, wenn diese Antwort nicht innerhalb 14 Tagen erteilt ist, wird die Anfrage auf die Tagesordnung des Plenums gelegt.

Für die Vorbereitung der Plenarverhandlungen werden 14 Ausschüsse gebildet, und zwar: Für die Wahrung der Rechte der Volkvertretung (Ueberwachungsausschuß); Auswärtige Angelegenheiten; Geschäftsordnung; Petitionen; Reichsangelegenheiten; Steuerfragen; Rechnungswesen; Volkswirtschaft; Soziale Angelegenheiten; Bevölkerungspolitik; Wohnungswesen; Bildungswesen; Rechtspflege; Beamtenangelegenheiten. Der Reichstag kann aber auch noch andere ständige Ausschüsse einsehen. Gegenwärtig arbeiten etwa 40 Ausschüsse. Die neue Geschäftsordnung wird erst im Herbst im Plenum beraten werden.

Freie Forschung oder kirchliche Autorität.

In der „Kölnischen Volkszeitung“ ging Prof. Dr. Switalski (Braunsberg) kürzlich auf die beabsichtigte Gründung eines katholischen Instituts für Philosophie in Köln ein.

Wenn in folgendem auf die Ausführung dieses katholischen Gelehrten eingegangen wird, so sei eingangs schon hervorgehoben, daß es sich hier keineswegs um einen Angriff auf die religiösen Gefühle der Katholiken handelt. Jeder aber, der auch nur geringsten Wert auf die Ergebnisse moderner Forschung legt, wird es für eine ungeheure Befreiung halten, wenn sich die katholische Kirche mit der Absicht trägt, in Köln ein privates katholisches Institut für Philosophie zu gründen, dem sich später als Erweiterung auch andere Fakultäten anschließen könnten.

Die Gefahr eines derartigen Instituts liegt darin, daß jeder gläubige Katholik die Verpflichtung hat, im Geiste der Lehren des heiligen Thomas von Aquino zu forschen. Nach Switalski soll das Institut für Philosophie ein Sammelplatz für geistiges Nüchtern und philosophische Klarheit, also „um unbefleckte Erforschung und ungetrübte Vermittlung der Wahrheit“ werden, welche „der gläubige Katholik als bleibend wertvoll erkennt und verehrt“. Es wird hingewiesen auf die gleiche Einrichtung in Löwen sowie auf die Mailänder katholische Universität. Demensprechend wird die Vertiefung in die Geistesarbeit des großen Aquinaten, „die durch maßgebende kirchliche Befreiungen als wertvoll anerkannt ist“, für das Wichtigste gehalten.

Der Sinn eines solchen Instituts wird klar, wenn man beispielsweise daran erinnert, wie der Dominikanerpater Strathmann in der „Germania“ vor längerer Zeit einmal darauf hinwies, daß man jungen Studenten nicht einfach die Lehre des Katholizismus als Tatsache hinstellen, sondern sie gerade durch Diskussionen aufs Stärkste überzeugen sollte. Mit anderen Worten soll also hier in diesem Institut die Abhängigkeit der einzelnen Wissenschaften von den Lehren des Thomas von Aquino nachgewiesen werden. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß die Wissenschaft ihre Autonomie verliert, daß sie wiederum zur Magd der Kirche wird. Der Sinn aller modernen Natur- und Geschichtsforschung, der Kern der marxistischen Untersuchungen ist aber der, daß der Mensch sich auf sich selbst bekennt, sein Wissen auf seine eigene Vernunft stellt. Die Leistung eines Kant, das Streben eines Josef Dietrich wie eines Marx und Engels geht dahin, in echtem wissenschaftlichen Geiste das naturwissenschaftliche wie geschichtliche Sein zu erforschen.

Es bedeutet ärgsten Rückfall ins Mittelalter, wenn heute wieder der Versuch gemacht wird, die Erkenntnis der autonomen Wissenschaft in Gott zu verankern. Daher muß im Interesse der freien Forschung jeder Versuch mit aller Entschiedenheit bekämpft werden, der es unternimmt, der deutschen Kultur den Stempel mittelalterlichen Geistes durch eine Lehre aufzudrücken, die ihre Gewähr in der Entscheidung des kirchlichen Lehramtes findet. Dr. W. S.

Deutsches Künstler-Theater: „Die erste Nacht“. Der Name und der Erfolg dieses Operettenschwanks von Urban und Jerlett heißt Ray Adalbert. Man läßt dem lebenswürdigsten, berlinischen, aufbeimernden aller Komiker unrecht, wollte man das literarische Maßwerk, auf dem der Direktor Adalbert seine Künste laufen läßt, kritisch werten. Genug: Er spielt einen ehrbaren bürgerlichen Referendar Ray Knölle, wird aus Gründen der Schwanke-logik gezwungen, Wüstling und Verrückter zu sein, rettet einen unvermeidlichen Prinzen aus Kaschmir, verwechselt die Verwandtenpartei, ist immer launig und ernst beim Laufen der Leute. Ein paar Trias, wie der verstandene Stuhl und der lebende Film geben der schwachbrüstigen Handlung wichtige Situationspunkte, und zweimal singt Adalbert mit erschütternder Inbrunst, Ruhe und Gemächlichkeit Couplets. Billi Flohr und Colette Corder im Verein mit Ernst Rehler und Hugo Fischer-Korpe waren ein prompt reagierendes Mitspielertum. Des letzteren Prinz fiel durch Elan und natürliche Verbe besonders auf.

Die Musik Hugo Hirschs ist bekannt, ist typische Meisterarbeit, mäßig instrumentiert und im Grunde so banal wie die „Scheidungsreise“-Schlager. Aber der reizvolle Rhythmus moderner Schlager hilft auch ihm auf die Weine, und schließlich läßt sich mit einem Adalbert alles zum Erfolg stemeln.

Die Schöne. I. hatte eine tüchtige Frau, die trotzdem eines Tages den Wunsch aussprach, einmal zur wöchentlichen Herrenunterhaltung mitgenommen zu werden.

Obgleich es eigentlich nicht üblich war, widersetzte sich I. ihrem Wunsche nicht weiter, denn auch Frau J. war schon gelegentlich dabei gewesen.

Es ging auch alles gut. Die Herren schwentzen, nachdem sie sich in galanten und schmeicheleichen Wendungen verabschiedet hatten, allmählich zur Postille über — nicht ohne bedeutungsvollen und wohlwollend zu hüpfen, als sie merkten, daß Frau I. wie von ungefähr zu den Zeitschriften griff und darin blätterte und, sich Notizen machend, eine Art von Unterhaltung betätigte, die ihr im Gegensatz zur sonstigen produktiven Erholung der Männer zuzum.

Wie es so geht, erhitzen sich allgemach die Gemüter, die Weltanschauungen wickeln, die Rüd- und Ausblide treuzien, die Propheten verlegen sich, und ohne daß sie es merken, hatten die Postiller vergessen, daß eine Frau am Tisch saß, die ihrerseits, schelbar ganz in ihre Zeitschriften und ihr Gefirbel vertieft, nur hin und wieder blühschnell auf- und sogleich wieder in ihre Blätter sah.

Am anderen Morgen sagte Frau I. beifällig zu Herrn I.: „Da hab' ich etwas Wertwüdiges gefunden. Das muß ich Dir vorlesen.“

Als sie fünf Minuten gelesen hatte, rief I. beleidigt: „Hör' bitte auf — das ist nicht aussprechbar! Wie kommt Du nur auf die Idee, mir so ein Geschwafel vorzulesen? Das ist doch wohl aus einem Irrenhaus!“

Sie aber hauchte sanft: „Albert — Du weißt doch, daß ich stenographiere!“

„Wie denn?“ sagte I., und ihm war, als ob er von einem leichten Zittern befallen würde.

„Western abend!“ sagte sie schüchtern. — „Ich habe alles richtig nachgeschrieben.“

„Oh —!“ sagte I. Mehr konnte er nicht sagen. Aber gütig, wie Frauen sind, legte sie ihre Hand auf seinen Arm und sagte tröstend: „Nimm Dir's nicht so zu Herzen. Schließlich sind wir Frauen doch noch zu jung in der Politik, als daß wir sie schon ganz begreifen können.“

Neue Forschungen über die Entfaltung der Kohle. Die Kohlennot, die uns die „schwarzen Diamanten“ besonders leuer gemacht hat, lenkt auch in immer höherem Maße die Aufmerksamkeit der Wissenschaft auf diesen Stoff, der das Rückgrat unserer ganzen Wirtschaft bildet. Mit einer neuen Methode hat Dr. H. Winter, der Leiter des Laboratoriums der Bergschule Bochum, wichtige Ergebnisse erzielt, über die er in der „Umhau“ berichtet. Er bediente sich bei der mikroskopischen Untersuchung des auffallenden Lichtes. Seine 10jährigen Versuche zeigten, daß sich das auffallende Licht auch zur Erforschung von undurchsichtigen Mineralien gut eignet und er konnte sowohl bei Torf und Braunkohle, wie auch bei jüngerer und älterer Steinkohle ein eigenartliches Maschengewebe von runderlichen Mikrozellen feststellen.

Winter kam zu dem Ergebnis, daß die Kohle ein fester kolloidaler Stoff ist, auf den also die in jüngster Zeit so reich ausgebildete Lehre von den kolloiden Anwendungen findet. Auch die Besieger der Kohle, die Kohlensteine, wie Sandstein, Schieferstein, besitzen ausgeprägte Kolloidnatur. Durch die Untersuchung im auffallenden Licht ließen sich die Unterschiede im Aufbau der beiden Hauptkohlenarten, der Glanz- und Mattkohle, klar erkennen. Die zur Kohleerzeugung notwendigen Umsetzungsorgane von Pflanze und Tier nennt man Vermoderung, Verrottung und Fäulnis. Alle drei Prozesse sind in den meisten Fällen an der Entfaltung des Torfes, der Braunkohle und der Steinkohle beteiligt. Ganz ähnlich wie die Umwandlung der organischen Stoffe in Torf ist die Entfaltung der Glanzkohle zu denken. Abgefallene Äste, Stengel, Rinde, Zweige, Blätter sowie ganze Bäume gerieten so zeitig unter Bedeckung von Wasser oder Sand, daß sie dem zerstörenden Einfluß des Sauerstoffes der Luft entzogen wurden. Statt dessen setzt der „Anfaltungspröze“ ein, und je länger dieser gedauert hat, desto stärker ist die chemische Natur der Pflanzstoffe umgewandelt. Die Glanzkohle stammt von Sandpflanzen ab, und bei diesen Arten dieser Kohle treten Längsfasern und Gefäßbündel nach dem Reigen deutlich hervor. Bestand das Material vorwiegend aus abgestorbenen Wasser-pflanzen und Tieren, so verließ der Umwandlungsprozess anders; es bildete sich auf dem Boden stehender Gewässer der Faulschlamm, und die betreffenden Brennstoffe nennt man Faulschlammtorf, Braunkohle und Steinkohle. In der Streifenkohle finden Torf-bildung, d. h. Glanzkohle, und Faulschlammkohle, d. h. Mattkohle, unmittelbar nebeneinander. Die Mattkohle ist eine Bildung von großer Gleichmäßigkeit, sehr fest und zähe. Man kann in solchen Faulschlammkohlen Gewebefasern von Pflanzen und Tieren, Schuppen, Zähne, Bräunen und fossilen Kot, Sporen, Pollen und Ähren erkennen. Besonders deutlich wird diese Bildung bei der Bagatkohle.

Ein Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters. Die Erste Kammertheaterbühne des Moskauer Künstlerischen Theaters unternimmt in diesem Sommer eine Gastspielreise ins Ausland. Sie wird in Wiga, dann in Stockholm und Berlin gastieren.

Heldenzügel und Ahrendieb.

Krull wegen Diebstahl verurteilt.

Die Verhandlung in Sachen der Uhr Rosa Luxemburg wurde gestern nachmittags fortgesetzt. Schriftsteller Georg Fuchs beklagte, der Angeklagte Oberleutnant Bracht habe in der Redaktion der „Roten Fahne“ nach Dr. Lepp gefragt. Dieser sei nicht anwesend gewesen und auf weitere Fragen nach seinem Ansehen habe Bracht gesagt, er könne Auskunft geben über die Vorgänge bei der Ermordung der Rosa Luxemburg. Dann habe er gefragt, ob Rosa Luxemburg Erben hinterlassen habe. Ihm wurde erwidert, daß die persönlichen und politischen Freunde als Erben zu betrachten seien, worauf Bracht die Uhr gezeigt und durchblicken gelassen habe, daß materielle Vorteile wohl aus der Rückgabe der Uhr für ihn zu erwarten sein dürften. Er habe weiter gesagt, daß Krull die Uhr seiner Wirtin als Pfand übergeben und er selbst sie von dieser erkaufen habe. Von rechts stehend der Seite seien Krull für die Uhr schon 12 000 M. geboten worden, er habe dies aber abgelehnt. Der Zeuge hat die Uhr dann in Empfang genommen und an Dr. Lepp abgeliefert. Zeuge Fuchs erklärte mit Bestimmtheit, daß gesagt worden sei: die Uhr sei von Krull

aus Rosa Luxemburgs Wohnung

gelegentlich der bei ihr abgehaltenen Hausdurchsuchung mitgenommen worden. Rechtsanwalt Bahn verweist in dieser Beziehung auf einen Widerspruch mit Dr. Lepp, der als Zeuge beklundet habe, die Uhr sei nicht aus der Wohnung, sondern aus dem Edenhotel mitgenommen worden. Der Verteidiger stellt mehrere Evidenzbeweisanträge, darunter den auf Vernehmung des Oberleutnants Panther, der dem Krull den Auftrag zur Hausdurchsuchung erteilt, einer Frau Schilling, die beklundet soll, daß Rosa A. die Uhr am Tage ihrer Ermordung an einer schwarzen Schnur an sich getragen habe, diese also nicht in der Wohnung gewesen sei, ferner auf Vernehmung von 12 Offizieren, die beklundet würden, daß Krull die Uhr, die von Hand zu Hand wanderte, nicht behielten, sondern zur gegebenen Zeit den Angehörigen zustellen wollten, ebenso Vernehmung des Untersuchungsrichters usw. usw. Wenn der Staatsanwalt darauf hingewiesen, daß noch immer

der Mordverdacht auf Krull

ruhe, so müsse doch bemerkt werden, daß der Jäger Runge bei seiner ersten Gegenüberstellung mit Krull vor dem Untersuchungsrichter erklärt hat: dieser sei nicht der Täter, während er jetzt in dem vom Redakteur des „Vorwärts“ aufgenommenen Protokoll das Gegenteil behauptet. Runge hat uns bekanntlich gestanden, daß er vor dem Untersuchungsrichter infolge Beeinflussung durch die Hochbedeutung absichtlich die Unwahrheit gesagt habe. Red. d. „A.“

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman wiederholt nach Schluß der Beweisaufnahme seine Anträge: Verurteilung des Angeklagten Krull wegen Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft und des Angeklagten Bracht wegen Hehlerei gleichfalls zu 3 Monaten Gefängnis. Die Schuldfrage in Sachen der Ermordung Rosa Luxemburgs werde natürlich infolge der Enthüllungen des Jägers Runge aufs neue weiter nachgeprüft werden. Dem Staatsanwalt traten die Rechtsanwälte Bahn und Retkowski in längerer Ausführungen entgegen und beantragten die Freisprechung. — Nach längerer Beratung des Gerichts verurteilte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Duff das

Urteil

dahin: Der Angeklagte Krull wird wegen Diebstahls in zwei Fällen (Uhr und Papiere der Frau Luxemburg) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet sind, Bracht wegen versuchten Betrugs zu 300 M. Geldstrafe. Das Gericht hielt für erwiesen, daß Krull sich die Sachen widerrechtlich angeeignet hat, nicht aus geldlichem Interesse, sondern sie gewissermaßen als Trophäen zu besitzen. Es sei glaubhaft, daß er die Uhr an sich genommen, als sie im Edenhotel von Hand zu Hand wanderte, doch hat er sie nicht sofort zurückgeben wollen und seine Absicht erst später geändert. Bei Bracht liege nicht Hehlerei, sondern versuchter Betrug vor, denn er habe die Uebergabe der Uhr die unwahre Angabe gemacht, daß die Uhr der Wirtin als Pfandobjekt gegeben worden sei und dabei wohl die Absicht verfolgt, dem Empfänger den Entschluß nahezu legen, etwas aus eigenem Vermögen als Entschädigung zu opfern. Bei Bracht liege die Sache erheblich milder als bei Krull. Was das Strafmaß bezüglich des letzteren betrifft, so sei berücksichtigt, daß er unbestraft sei, daß er im Kriege seinem Vater-

Das kleine Schauspielhaus obdachlos. Die staatliche Hochschule für Kunst hat in ihrem Prozeß gegen das in ihren Räumen etablierte kleine Schauspielhaus abgelehnt. Die Mietzeit war abgelaufen, und da sich die Direktion nicht auf Konzessionen an die Eigentümerin herablassen wollte, klagte diese auf Räumung. Das Landgericht I hat der Klage stattgegeben, und damit ist vorläufig die Bühne erntiert. Wie ein Mieter, der keine neue Wohnung findet, hatte die Direktion vergeblich Verlängerung des Mietvertrages, besonders auch im Interesse der Künstler, beantragt. Die Hochschule braucht die Räume für Unterrichtszwecke, besonders für die Lehrgänge der Opernschule, die empfindlich unter dem Mangel einer Probierbühne litt. — Das kleine Schauspielhaus hat trotz der Beteiligung der Gläubiger keine erhebliche künstlerische Bedeutung gewonnen. Es schloß seine Tätigkeit aus. Sein größtes Geschäft war Schmieders „Reigen“, der dank der Mitwirkung des Gerichts zur Sensation heranwuchs. Der Versuch der Hochschule, ihre Mieterin damals wegen dieser Aufführung an die Luft zu legen, mißlang bekanntlich.

„Alles ist schön in nackter Reinheit.“ Ein bekanntes Gemälde des zum Engländer gewordenen, aber in Bayern geborenen Malers Hubert Herdener, das er selbst zu seinen liebsten Schöpfungen rechnete, trägt den merkwürdigen Titel „Alles ist schön in nackter Reinheit“. Das Werk, das eine nackte Frau in einer Landschaft darstellt und dem bekannten Kunstsammler Prof. Darmstadt gehört, erregte bei seiner ersten Ausstellung 1893 in London bei den englischen Brummern allgemeines Entsetzen, und die Verdammung des Bildes hat Herdener wohl zu dem merkwürdigen Titel veranlaßt. Er hat daraufhin eine Art Kunstbekenntnis verfaßt, das sich in der Dokumentensammlung Darmstädter der Berliner Staatsbibliothek befindet. „Um die Leichtigkeit und Pracht des Hochaltars, so wie sie im Westen Englands besteht, zum Ausdruck zu bringen“, schreibt Herdener, „erschien es dem Künstler geboten, eine Allegorie zu verwenden, und diese Allegorie konnte nur sein das Weib in seiner vollsten Schönheit und Reife. Das Motiv des Bildes ist die höchste Entwicklung und Reife der Natur — Weib und Natur. Da die Natur in ihrer Blütezeit und ihrem Wachstum ein stetes Sinnbild der Reinheit ist, so wünschte der Künstler das Weib in seiner vollkommensten Reinheit in dieselbe zu bringen. Nicht die Reinheit, die aus noch nicht vollendeter Entwicklung resultiert, sondern die Reinheit, durch welche Gott die Reife edelt. Die Nacktheit beruht durch die Freiheit, die jedem poetischen Ausdruck zugestanden wird.“

„Kosieratin“. Der Brokist der Frau „Kosieratin“, eine Chronik des Grauens, erlebte Anfang März dieses Jahres in den Orkanen von Kalkutta. Lichtspiele seine erste Berliner Aufführung. Anschließend lief dieses Filmwerk in einer Reihe namhafter Lichtspielbühnen. Des großen Erfolges wegen hat sich die Leitung des oben genannten Theaters veranlaßt gesehen, diesen Film vom 2. Juni ab erneut auf den Spielplan zu legen.

Nach die Kulturabgabe haben sich der „Kundener Konföderation z. B.“ und der „Württembergische Konföderation“ angeschlossen. Die Kulturabgabe soll — für die Kunst — dazu dienen, die Verbreitung obliegender neuer Konwerke durch Druck zu erleichtern, Anstalten und Unternehmungen zu unterstützen und den Urhebern einen angemessenen Anteil am materiellen Ertrag ihrer Schöpfungen zu sichern.

land in erheblichem Maße geduldet und nach dem Kriege sich zur Verfügung gestellt habe zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Erwidernd sei erwoogen, daß er die Straftat begangen hat als Offizier und seine Handlungsweise geeignet sei, einen Schatten zu werfen auf den guten Ruf des Standes, dem er angehört und noch dazu in einer Zeit, wo die politischen Leidenschaften tobten.

Der Ausgang des Krull-Prozesses ruft Erinnerungen an einen ähnlichen Prozeß wach. Auch nach der Ermordung Gustav Landauers in München wurden die Mörder freigesprochen, der Unteroffizier Diegel aber erbeutet, weil er die Uhr Landauers gestohlen hatte, ein paar Wochen Gefängnis. (Der Ahrendieb ist bei diesen „Idealisten“ das natürliche Attribut des Mordes.) So ist es auch hier. Der Mord bleibt ungeklärt, das Menschenleben gilt nichts, aber heilig bleibt das Eigentum. Nach dem Bericht des in diesem Falle sicher unverdächtigen Wille-Blattes soll Krull zu der Frage, ob er an der Ermordung Diegels und Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen sei, zynisch geantwortet haben: „Wer hätte nicht aufgetaucht, als diese beiden Schufte ins Jenseits befördert wurden!“ Krull hat mit diesen Worten offen zugestanden, daß es sich um einen beabsichtigten Mord, nicht um einen „Fluchtversuch“ gehandelt hat und so selber die beste Handhabe zu einem erneuten Einschreiten gegen ihn gegeben.

Die Hilfsaktion für die Presse.

Ein neuer unzulänglicher Schritt.

Nachdem die Herabsetzung der Gültertarife für Zeitungsdruckpapier erfolgt ist, hat die Reichsregierung eine weitere Maßnahme zur Senkung der Druckpapierpreise angeordnet. WTB. meldet dazu:

Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums werden künftig Ausfuhrbewilligungen für Waren des 11. Abschnitts des Zolltarifs („Papier, Pappe und Waren daraus“) nur unter der Bedingung erteilt, daß 1½ Prozent des Ausfuhrwerts der Sendung als Sondergebühr für die Presse abgeliefert werden. Für die vor dem Inkrafttreten der Anordnung fest abgeschlossenen Verträge sind Uebergangsbestimmungen vorgesehen.

Auch dieser Schritt zeigt die grundsätzliche Bereitschaft der Regierung, der Presse zu helfen. Aber auch er bringt in Wirklichkeit keine nennenswerte Erleichterung. Ursprünglich war gefordert und beabsichtigt, die Exportgewinne für Zellstoff und Druckpapier zur Verbilligung des Zeitungspapiers energisch heranzuziehen. Das scheiterte an dem Widerstand der Interessenten und der Arbeitnehmer der beteiligten Gewerbe. Jetzt beschränkt man sich auf die Erstattung von 1½ Proz. des Exporterlöses durch Erhöhung der Gebühren für Ausfuhrbewilligungen. Der Ertrag dieser Maßnahmen kann den Druckpapierpreis nur um einen Bruchteil seiner jetzigen Höhe senken. Die geringe Entlastung, die das Zeitungsgewerbe dadurch erhält, wird ausgeglichen durch die auf allen Gebieten fortschreitende Teuerung, die auch zur Erhöhung der Löhne und Gehälter führt.

Bis jetzt hat die Regierung nur unzulängliche Maßnahmen getroffen, um die Not der Presse zu mildern. So sehr man ihren guten Willen anerkennen mag, so wenig ist praktisch erreichbare Hilfe, die mit der Verbilligung des Papierholzes beginnen und die gesamte Herstellung des Zeitungspapiers billiger gestalten müßte.

Reichsrat und Pensionskürzungsgesetz.

Der Reichsrat genehmigte in seiner Vollversammlung am Donnerstag eine ganze Reihe von Vorlagen, darunter das Athenau-Boucheur-Abkommen über Sachlieferungen, das deutsch-polnische und das deutsch-dänische Abkommen. Zu dem im Reichstag mit einfacher Mehrheit angenommenen Pensionskürzungsgesetz nahm der Reichsrat den Standpunkt ein, es handele sich um ein verfassungsänderndes Gesetz. Zum Reichshauspostplan für 1922 wurde auf Antrag des Ausschusses einstimmig beschlossen, die Ausgaben für „Heimataufklärung“ von neun auf sechs Millionen Mark herabzusetzen und die Ausgaben zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande statt um acht Millionen nur um fünf Millionen Mark zu steigern. Ein Antrag Preußens, den Ausgaben für „Nachrichtendienst“ der vom Reichstage auf zwei Millionen Mark erhöht worden ist, auf den ursprünglichen Betrag von 220 500 M. festzusetzen, wurde angenommen. Der Entwurf über die Reichsbahnvermehrung wurde mit den vom Reichstage beschlossenen Änderungen genehmigt.

Die Moskau-Reise der Verteidiger.

Die Moskauer „Pravda“, das Zentralorgan der Diktatoren, lehnt die Hehe gegen die Verteidiger der Sozialrevolutionäre fort. Diese wurden auf der russischen Grenzstation Sebest von Vertretern des russischen Justizkommissariats mit Sonderwagen erwartet. Aus der Menschenmenge heraus wurden an Rosenfeld und Liebknecht Fragen gestellt über ihre Gründe für die Uebernahme der Verteidigung der Sozialrevolutionäre. Vanderveke wurde wegen der Unfertigkeit des Friedensvertrages interpelliert. Die Aussprache verlief ruhig. In Weiß-Russland versuchte die Menge, die nach der Feststellung der Sowjetbehörde sonst keinen Platz fand, unter Drohungen in den Sonderwagen einzudringen. Mehrere Fensterhebeln wurden eingeschlagen. Der Wagen wurde von den Sowjetverteilern geschützt. Bei der Ankunft in Moskau war der Bahnhof polizeilich abgeperrt. Zur Begrüßung waren Vertreter des Justizkommissariats erschienen. Beim Bestiegen der blumengeschmückten Sowjetautos fand vor dem Bahnhof eine Demonstration gegen die Verteidiger statt. Die Menge nahm eine drohende Haltung an, wurde aber von der Polizei zurückgehalten. Aus der Menge wurde in das Auto gesprungen. Die Verteidiger sind in einem Landhaus bei Moskau untergebracht.

Der Beginn des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre ist auf den 6. Juni festgesetzt worden. Am 23. Mai ist die 200. Seite umfassende Anklageschrift den Angeklagten übergeben worden; am 29. Mai fand die erste Unterredung der Angeklagten mit ihren Verteidigern statt. Die Zahl der Angeklagten beträgt 34, von denen sich 6 in der dachschweifigen Freiheit befinden. Unter den Zeugen, die vernommen werden sollen, befinden sich u. a. auch die ausländischen Kommunisten Maria Zetkin, Frossard und Sadoul. In Rom-Nikolajewsk (Sibirien) wurden von 17 Offizieren der Roten Armee 6 zum Tode verurteilt, ebenso wie leiblich wegen Spionage 6 polnische Offiziere.

In den nächsten Tagen wird hier mit Katowski über die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die Sowjetunion verhandelt werden. Bei Vorbereitungen ergab sich, daß die Sowjetregierung wünscht, was eine Durchbrechung des § 2 des Rapallo-Vertrages bedeuten würde, da diesen 400 Goldmillionen erheblich höhere Gegenforderungen gegenüberstehen. Es ist der Sinn des § 2, grundsätzlich alle bestehenden Forderungen von beiden Seiten zu annullieren.

Die neue Brandrede Poincarés.

(Schluß von der 1. Seite.)

Poincaré geht alsdann auf die letzte Rede des Reichskanzlers ein, in der er den Friedensvertrag ein Instrument des Kampfes und der Vernichtung genannt habe. Frankreich verlange die Ausführung des Vertrages, nicht mehr (!) Sei dieser Vertrag im Interesse Frankreichs allein abgeschlossen worden? Wie könne es Franzosen geben, die gegen seine Ausführung seien? Dieser Vertrag sei von 25 Völkern unterzeichnet worden. Deshalb solle Frankreich, dessen Boden den Nationen als Schlachtfeld gedient habe, die Rechte opfern, die der Vertrag ihm zuerkennt. Er kommt auf seine Rede in Bar-le-Duc zu sprechen, in der er gesagt habe, wenn unglücklicherweise Frankreichs Verbündete sich nicht an den notwendigen Sanktionen beteiligten, dann könne man von dem Recht Gebrauch machen, das der Vertrag gebe. — Der sozialistische Abgeordnete Moutet ruft dozwisch: Das ist es, was England nicht zuläßt. (Lärm.) Poincaré fährt fort: Das Beste ist, wenn man sich auf den Vertrag bezieht. Er verliest die Paragrafen des Versailles-Vertrages, die nach seiner Ansicht jedem formell das Recht der Handlung geben, um die Ausführung der Vertragsklauseln zu verlangen. Chamberlain selbst habe sich vor einiger Zeit auf diese Paragrafen hinsichtlich der Anwendung des Vertrages bezogen. Auch Briand habe diese Paragrafen am 30. Januar 1921 in London angezogen und niemand habe das französische Recht bestritten. Man habe nur von ersten Angelegenheiten eines französischen Vorgehens gesprochen.

Briand erhebt sich und erklärt: Meine Ansicht ist, daß es eine Sache gibt, die die Verträge beherrscht, das ist die nationale Souveränität, aber daß es auch etwas gibt, das alles beherrscht, das ist das internationale Gemeinrecht. Selbst außerhalb des Vertrages sei es möglich, auf Grund der nationalen Souveränität zu handeln. Als es sich darum gehandelt habe, die Besetzung von Düsseldorf und Ruhrort vorzunehmen, sei er auf Grund des gemeinen Rechtes vorgegangen. Alle Welt habe anerkannt, daß dieses Recht ausgeübt werden könne. Es könne nur ein Mißverständnis herrschen, wenn Frankreichs Allierierte glaubten, daß die Reparationskommission, der souveräne Gerichtshof, Deutschland Prüfen beizuliegen könne, und daß für die Reparationen keine Verletzung des Vertrages vorliege, wenn die Kommission ein Memorandum beibringe. Poincaré erwidert, diese These sei annehmbar und fährt fort, es könne sich hier nur um ein Mißverständnis handeln, und er werde sich bemühen, es zu beseitigen. Er sei weit davon entfernt, die Angelegenheiten eines isolierten Vorgehens zu verkennen, er werde alles tun, was von ihm abhängt, um dieses isolierte Vorgehen zu verhindern. Aber so wünschenswert auch die Aufrechterhaltung des Einverständnisses sei.

so könne Frankreich doch nicht auf die Ausübung seiner Rechte verzichten.

(Donnernder Applaus im ganzen Haus mit Ausnahme der äußersten Linken.) Der sozialistische Abgeordnete Moutet ruft: Das ist gefährlich. Poincaré unterbricht ihn mit großer Beharrlichkeit und erklärt: Also das ist gefährlich, in einem freien Land zu erklären, daß wir auf keines unserer Rechte verzichten? (Erneuter stürmischer Beifall.) Der Abgeordnete Moutet erhebt sich, um eine Erklärung abzugeben. Die Rechte schreibt ihn jedoch nieder. Als die Ruhe wieder hergestellt ist, erklärt er, er habe sagen wollen, daß es gefährlich sei, von Sanktionen zu sprechen, ehe sie einmütig festgestellt seien. Poincaré erwidert: Ich glaube im Gegenteil, es ist gefährlich, sich der Diskussion zu entziehen.

Auf einen Ruf von der äußersten Linken: Fassen Sie noch einmal eine isolierte Handlung ins Auge? erwidert Poincaré: Ich hoffe das nicht. Ein Zwischenruf entsetzt alsdann große Unruhe, und es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen Doudelet und Cachin. Cachin wird zur Ordnung gerufen. Poincaré fährt fort: Deutschland hat zu allen Zeiten nur die Macht respektiert; deshalb müssen wir die unsrige beibehalten. Ich teile nicht den Optimismus von Sangnier und Fabre. (Lebhafte Beifall.) Von der äußersten Linken wird gerufen: Während 44 Jahren werden wir also 600 000 Mann unter Waffen halten. — Poincaré fährt alsdann fort von der Sowjetregierung zu sprechen, die den Kredit Europas in Anspruch nehme. Das sei ihr Recht, wie es auch das Recht Frankreichs sei, ihr Kredit zu gewähren oder zu verweigern. Er bespricht alsdann die Beunruhigung der Mächte der Kleinen Entente, die jeden Augenblick befürchten, von der Roten Armee überfallen zu werden. Poincaré ist der Ansicht, daß dies übertrieben sei. Er glaubt nicht, daß die Rote Armee so beträchtlich sei, wie man sage, und Furcht einflößen könne. Aber es sei ganz natürlich, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Alliierten den Sowjets nicht mehr Kredit gewähren könnten, als sie Garantien geben würden. Nach seiner Ansicht werde die Herrschaft in Rußland nur von einer kleinen Gruppe ausgeübt. Man müsse sich dagegen verwahren, daß die Sowjets die Grundlage der französischen Revolution für sich in Anspruch nehmen könnten. Die französische Revolution habe gar nichts mit der russischen gemein.

Nach 1 Uhr morgens erfahren wir, daß Poincaré nach einigen weiteren Ausführungen, die nichts Bemerkenswertes enthalten, seine Rede schloß. Darauf wurde die Fortsetzung der Debatte auf Freitag nachmittag vertagt.

Der schwedisch-russische Vertrag gefallen.

Stockholm, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auch die Erste Kammer hat heute mit 81 Liberalen und Konservativen gegen 47 Stimmen die Vorlage des Handelsvertrages mit Rußland abgelehnt.

„Sozialdemokraten“ bezeichnen diesen Beschluß als einen Sieg der Kurzsichtigkeit, den man noch bedauern werde.

Die sozialdemokratische Regierung wird wegen dieser Niederlage nicht zurücktreten; ihr Verbleiben im Amte hängt von der Frage ab, ob sie in der Frage der Arbeitslosigkeit eine Mehrheit findet, wofür im Ausschuß die Aussichten günstig zu sein scheinen.

Höchststrafe für Boldrini.

Mailand, 1. Juni. (CP.) Das Schwurgericht in Mailand hat als Urheber des Bombenattentats im Diana-Theater Boldrini, Martani und Aggiani zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Italien kennt im ordentlichen Gerichtsverfahren die Todesstrafe nicht mehr.

Der Fasistenkrieg.

Mailand, 1. Juni. (CP.) Nach dem „Corriere della Sera“ gegen die Stadt Bologna eine Konzentration starker faschistischer Streitkräfte eingeleitet, deren Hauptziel die Präfektur zu sein scheint. Sie haben die Telegraphen- und Telephonverbindungen unterbrochen. Als Ursache der Vermittlungen gelten die Differenzen zwischen Fasisten und Sozialisten. Die Fasisten verlangen die Absetzung des Präfekten von Bologna, da sich dieser den Sozialisten gegenüber zu nachgiebig gezeigt habe. Die Regierung hat zur Beilegung des Zwistes den Oberkommandierenden der Polizeitruppen, Bigliani, nach Bologna entsandt, die Stadt den Militärbehörden unterstellt. Die Lage wird stündlich gefährlicher.

Gewerkschaftsbewegung

Die Angestellten in den Elektrizitätswerken.

Die Afa-Mitglieder der Fachgruppe Märkische Elektrizitätswerke nahmen in einer Versammlung am Mittwochabend den Bericht von Bieker (Gutab) über die letzten Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern entgegen. Bei den April-Verhandlungen ist die Tarifkommission von dem Grundlag ausgegangen, für die unteren Gruppen einen höheren Zuschlag als den angebotenen zu erreichen. Das ist ihr in dem erwünschten Maße leider nicht möglich gewesen. Sie hat dann aber bei den Mai-Verhandlungen eine feste Summe gefordert. Die Arbeitgeber erklärten, nur einen Zuschlag, und zwar in Höhe von 15 Proz., bewilligen zu können. Endlich schlugen sie 20 Proz. vor, ohne sich aber an dieses Angebot binden zu wollen. Sie mühten erst noch Rücksprache nehmen. Die Lohnkommission lehnte den Vorschlag ab. Neue Verhandlungen sind für den 7. Juni in Aussicht genommen. Auf einer Verhandlung hat der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin sich für zuständig erklärt, über diese Lohnfrage zu entscheiden.

Ein stimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung der Angestellten in den dem Arbeitgeberverband der Elektrizitätswerke in der Provinz Brandenburg angeschlossenen Werken nehmen mit Entrüstung von dem Angebot der Arbeitgeber Kenntnis, das die Kollage der Angestellten, insbesondere die der unteren Gruppen, nicht berücksichtigt. Die Organisationsvertreter werden beauftragt, dafür einzutreten, daß die berechtigten Forderungen bewilligt werden, andernfalls die Angestellten eventuell bereit sind, das letzte gewerkschaftliche Mittel in Anwendung zu bringen.

Entrechtung der Behördenangestellten.

Die Fachgruppe Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden des Zentralverbandes der Angestellten hatte ihre Mitglieder am Montag zu einem Protest gegen die „Entrechtung der Behördenangestellten“ in die „Neue Philharmonie“ gerufen. Als erster Referent schilderte Posner den Entwurf der Schlichtungsordnung. Die Verträge, das Schlichtungswesen einheitlich zu regeln, sind grundsätzlich zu begrüßen. Der gegenwärtig vorliegende Entwurf enthält Bestimmungen, die für die Angestellten unannehmbar sind. Für die Angestellten der Reichs- und Staatsbehörden sollen die Sonderlichungsausschüsse mit unparteiischem Vorsitzenden, die in der Regel auch nur Interessensvertreter sind, vorwiegend werden. Auch Rechtsanwälte sollen künftig als Offiziorenvertreter zu den Schlichtungsausschüssen zugelassen werden. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums spricht zwar von den Besonderheiten der Unternehmungen des Reichs und der Länder, die eine Sonderstellung ihrer Angestellten bedingen, aber er bezeichnet sie nicht näher. Und sie sind auch nicht vorhanden. Die angeführte Bestimmung des Entwurfs sei der Paragraph, der die Anwendung der Schlichtungsordnung auf Angestellte, die nicht Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsrätegesetzes sind, verneint. Was nützt, ist eine intensive Aufklärung der Behördenangestellten.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die beschleunigte legislative Durchführung des Artikels 157 der Reichsverfassung gefordert, der die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt. „Die Verlesung kann den Entwurf der Schlichtungsordnung als einen Schritt auf diesem Wege nicht sehen.“ Zu gleicher Zeit wird die Schaffung von Arbeitsgerichten durch den Ausbau der bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte verlangt. Auch eine Resolution, die sich gegen die Bestimmung des Entwurfs für das Beamtenrätegesetz richtet, die die dem Bürgerlichen Gesetzbuch entzogenen Angestellten der Beamtenvertretung unterstellen will, wurde angenommen.

Aussperrung der Musikinstrumentenmacher.

Die Unternehmer haben beschlossen, die Arbeiter heute auszusperren. 700 Arbeiter streiken bereits, während die Aussperrung etwa 7000 Arbeiter betreffen würde. Die Streikenden und Aussperrten sowie die Funktionäre aus den noch weiterarbeitenden Betrieben versammeln sich am Sonnabend um 2 Uhr in der Brauerei Friedrichshain.

Zum Streik im Kolonialwaren- und Feinkosthandel.

Die Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten schreibt uns:

Wie immer, so werden auch in diesem Kampfe seitens der bürgerlichen Presse die Zeitungstefer bewußt irreführt. Der Streik im Kolonialwaren- und Feinkosthandel ist nicht beendet, auch hat der Zentralverband der Angestellten den Tarifvertrag, welchen die bürgerlichen Verbände veröffentlicht haben, nicht abgeschlossen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hat an seine Mitglieder einen Tarifvertrag abgeliefert und den Namen des Zentralverbandes der Angestellten mißbräuchlich benutzt. Hierüber werden wir uns an anderer Stelle mit ihm auseinandersetzen.

Gleichzeitig haben diese Verbände ihre Mitglieder zum Streikbruch aufgefordert, trotzdem sie erst erklärt haben, daß sie den Kampf mitführen würden. Einen Tag vor der Verhandlung mit dem Schlichtungsausschuss haben sie hinterrücks mit den Arbeitgebern einen Tarifvertrag getätigt.

Konsumenten! Sonderbarerweise werden seit dem Streiktage Zuckerverteilungen fast in jedem betroffenen Betriebe vorgenommen. Wo unsere Forderungen nicht bewilligt sind, kauft keine Lebensmittel ein, denn es sind genug Firmen vorhanden, die mit ihren Angestellten in geordneten Tarifverhältnissen leben.

Lohnzulagen im Buchbindergewerbe.

Die am 29. Mai in Berlin mit den Arbeitgeberverbänden der papierverarbeitenden Industrie Deutschlands geführten Lohnverhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß zu den bisherigen Löhnen des Reichstarifs vom 1. Juni ab in den Ortsklassen I-VI Zulagen von 8,85 bis 2,90 M. für die Arbeiter und 1,95 bis 1,50 M. für die Arbeiterinnen erreicht wurden. Die Spitzenlöhne betragen nunmehr in der Ortsklasse I für Männliche 22,40 M., für Weibliche 18,05; in der II. Ortsklasse 21,35 und 12,10 M.; in der III. Ortsklasse 20,20 und 11,25 M. und in der IV. Ortsklasse 19,55 und 10,65 M. In diesen vier Ortsklassen sind etwa 90 Proz. der unter dem Reichstarif fallenden 50 000 Berufsgenossen beschäftigt.

Vom Streik der Kinovorführer.

Die Puhlmann-Lichtspiele, Schönhauser Allee 140 und 115 erwirkten eine einstweilige Verfügung gegen den Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen, wonach diesem bei Vermeidung einer Konventionsstrafe von 500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wird, Streikposten mit Hinweis auf die Sperre und Anrufung der Solidarität der Arbeitnehmerchaft vor den Geschäftsräumen der Puhlmann-Lichtspiele aufzustellen.

Den Gerichtsbeschluss überbrachte ein Gerichtsvollzieher in Begleitung eines Unbekannten, der als Mitinhaber der Puhlmann-Lichtspiele, Werner, erkannt und daraufhin entfernt wurde.

Die streikenden und gemahregelten Kinovorführer lassen sich dadurch nicht irre machen, zumal erst vor einigen Wochen das Landgericht I einen solchen Gerichtsbeschluss für null und nichtig erklärte. Wespert sind außer den oben genannten Lichtspielen noch: Filmpalast Kammerstraße, Teltower, Ecke Belle-Alliance-Straße; Universum-Lichtspiele, Belle-Alliance-Straße 99; National-Lichtspiele, Friedrichstraße 10; Prater-Lichtspiele, Kastanienallee; Theater am Moritzplatz; Kammerlichtspiele, Kanitzstraße.

Lohnerhöhungen im Baugewerbe.

Von den Verbänden der Bauarbeiter und Zimmerer wird uns berichtet:

Das letzte Lohnabkommen im Holz- und Betonbaugewerbe ist von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angenommen worden. Somit werden die tariflichen Stundenlöhne aller Arbeitergruppen des Holz- und Betonbaus mit Wirkung vom 1. Juni ab um 6 M. erhöht. Die Werkzeugentlohnung für Zimmerer wird von 15 auf 20 Pf. pro Stunde erhöht. Die Lohnsätze der einzelnen Kategorien sowie der Wortlaut des Tarifabkommens werden den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes im Mitteilungsblatt bekanntgegeben.

Der Lohn der im Stuck- und Gipsgewerbe beschäftigten Kollegen erhöht sich um 7,20 M. die Stunde. Hilfsarbeiter erhalten den Lohn der Maurer. Der Lohn der Lehrlinge im Stuckgewerbe beträgt im ersten Lehrjahre wöchentlich 197,80 M., im zweiten 320,60 M. und im dritten Lehrjahre 448,00 M. Für Ausbildung Rindbestag 76,10 M. täglich.

Achtung, Buchdrucker und Schriftsetzer.

Die Wahl der Delegierten zur Leipziger Generalversammlung hatte folgendes Ergebnis: Gewählt sind: 6 Kommunisten, 9 Unabhängige und 12 Sozialdemokraten. Kollegen, auch bei der jetzt stattfindenden Stichwahl richten wir an Euch den Ruf: „Keine Stimme der sogenannten Opposition!“ Klar muß zum Ausdruck gebracht werden: Wostlau oder Amsterdam. Gebt daher nur den nachstehenden Kandidaten der Amsterdamer Richtung Eure Stimme: Bruno Adermann, Albert Bränel, Martin Weiss, Paul Schieferer und Ernst Schneider. Das Material zur Stichwahl ist heute von 4 Uhr ab im Lokal von Steinide, Zimmerstr. 34, abzuholen. Auch der kleinste Betrieb muß erscheinen.

Tariflohn in der Buchbranche.

Der Deutsche Gutarbeiterverband, Sektion Buch, schreibt uns: Nach mehrtägigen erfolglosen Verhandlungen haben die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuss angerufen, der einen Spruch fällte, wonach auf die April-Gehälter ein Zuschlag von 15 Proz. und für Juni auf die April-Gehälter ein Zuschlag von 40 Proz. zu zahlen ist. Für Überstunden für die angefangene 1/2 Stunde für Mai 7 M. und für Juni 8,50 M. Die bitten, nun allenthalben darauf zu achten, daß Tarifgehälter gezahlt werden. Tarife sind erhältlich auf unserem Bureau, Engelauer 23/24, Seitenfl. IV, Aufgang C, in der Zeit von 9-1 Uhr vormittags.

Die Arbeiterinnen der Schuhindustrie.

Die in der Schuhwarenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen waren am Montagabend im Gewerkschaftshaus versammelt, um sich über ihre Forderungen auszusprechen, die sie auf dem bevorstehenden Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher geltend machen wollen. Frau Böllner wies in ihrem Referat darauf hin, daß die Frauen am meisten unter den heutigen Verhältnissen zu leiden und um so mehr Ursache hätten, sich gegen ein weiteres Herabdrücken ihrer Lebenslage zu wehren. Die Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte müsse besser werden und der Verbandstag habe die Pflicht, hier Wandel zu schaffen. Die Frauen mühten sich mehr an den Versammlungen beteiligen und Pflicht der Arbeiter sei es, sie besser zu unterstützen. — Hörst doch in der Aussprache hervor, daß der Verband stets dahin gestrebt habe, bei gleicher Leistung für weibliche und männliche Kräfte gleichen Lohn zu erringen. Bei Akkordarbeiten sei die Entlohnung tariflich auch gleich, nur der Grundlohn, der für männliche Arbeiter 20 Mark jährlich beträgt, sei für Arbeiterinnen um 25 Proz. niedriger. Frä. Lenin wünscht von den männlichen Kollegen für die Frauen etwas mehr Berücksichtigung. Gerde legt den Heimarbeitern ans Herz, ihre Wünsche stets der Branchenleitung zu unterbreiten. Diese werde sicherlich dafür sorgen,

daß sie zu ihrem Rechte kommen. — Von einer Rednerin wurde gefordert, daß Lohnzulagen für männliche und weibliche Arbeitskräfte gleich sein sollen. Das müsse auch auf dem Verbandstag festgelegt werden. In ihrem Schlusswort forderte die Referentin die Frauen nochmals zu reger Teilnahme am öffentlichen Leben auf.

Abwehr der italienischen Gewerkschaften.

Die italienischen Arbeiterorganisationen politischer und gewerkschaftlicher Richtung sind gespalten, eine Spaltung, die schon vor dem Kriege bestand, durch den Krieg aber noch verschärft wurde. Der Gewinner ist die Reaktion, die durch die Faschistenorganisationen die systematische Zerstörung der Gewerkschaftshäuser, Arbeiterblätter usw. vornehmen lassen. Die Rot hat die gewerkschaftlichen Organisationen wieder zusammengeführt. Die drei Gewerkschaftszentralen haben nun ein gemeinsames Abwehrkomitee gebildet. Es handelt sich vorerst nur um die Verteidigung der Aktionsfreiheit und der gewerkschaftlichen Errungenschaften, wie den Achtstundentag. Die Spaltung hat auch die italienischen Gewerkschaften, die außerdem unter einer schweren Wirtschaftskrise leiden, in die Abwehr zurückgedrängt.

Die Branche der Bauanschläger nahm am Montag in einer sehr gut besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zu den Löhnen für den Monat Juni. Trotzdem es sich hier um eine ausgesprochene Gruppe von Bauhandwerkern handelt, war es bisher nicht möglich, ihre Löhne den in den Baugewerben üblichen anzupassen. Die Aussprache über diese Lohnfrage war ziemlich erregt und das Resultat derselben war, daß sich die Versammlung verpflichtete, bei der jetzt herrschenden günstigen Lage im Baugewerbe alles daranzusetzen, um die Löhne auf die gleiche Höhe wie die der anderen Bauberufe zu bringen, auch wenn es deswegen zu einem Kampf kommen sollte, falls die Arbeitgeber, wie bisher, auf ihrem rückständigen Standpunkt verharren sollten.

An alle übrigen Bauhandwerker appellieren die Bauanschläger, sie in weitgehendstem Maße moralisch zu unterstützen und darauf zu achten, daß auf den Bauten und in Tischlereien nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden.

Die Depeschensahner bei der Gito-Verlags-Gesellschaft, R.W., Str. 31, sind wegen Lohnunterschieden gestern in den Streik eingetreten. Arbeiter! Weidert den Betrieb! Hebt Solidarität! Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche: Graphisches Gewerbe.

Ueber die neuen Beiträge im Transportarbeiterverband berichteten wir in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“, daß die Staffelung bei einem Wochenlohn von 100 M. beginnt und dann abwärts bis um je 800 M. geringerem Wochenlohn einen um je 2 M. niedrigeren Beitrag vorsieht. Das ist insofern falsch, als bei einem um je 150 Mark geringeren Wochenlohn ein um je 2 M. weniger Beitrag zu zahlen ist, bis herab zur Beitragsklasse 8.

Der Streik der Harzbergleute ist beigelegt. Die Streikenden hatten bekanntlich eine Abordnung zum preussischen Handelsminister nach Berlin geschickt, der sich ihrer Sache annahm und einen Beamten zur Beilegung der Differenzen in das Streikgebiet entsandte. Der Zuschlag auf den Hauerlohn wurde auf 32 M. erhöht, um 4,50 M. mehr als der Schiedsspruch den Streikenden zugestanden. Die Arbeit wurde gestern morgen wieder aufgenommen.

Weitere Ausdehnung des süddeutschen Angestelltenstreiks. Der Streik der kaufmännischen Angestellten hat auch auf Bieberich und den Rheinung übergegriffen. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind abgebrochen worden.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein Richtenberg. Freitag Mitgliederversammlung. Vortrag. Frauen sind eingeladen.

Verband der Sattler und Tapezierer. Das Bureau ist am Pfingstsonntag nur bis 1 Uhr geöffnet. — Die Ortsverwaltung.

Berlin, für den redakt. Teil: Franz Alth. Berlin-Lichterfelde: für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1, Stern 1 Verlag.

DUNLOP
Gummibereifung

Die Weltmarké bürgt für Qualität!

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21.



DER AN GÜTE
UNÜBERTROFFENE

Salamander-Stiefel

Teuerung und Löhne.

Die Linke der Stadtverordnetenversammlung fordert Ausgleichung.

Aus der fortschreitenden Verteuerung des gesamten Lebensunterhaltes erwächst den Gemeindebehörden die Pflicht, den im Dienste der Stadt beschäftigten Personen das Einkommen entsprechend zu erhöhen.

Erst um 1/2 12 Uhr gelangte man in der gestrigen Sitzung an die eigentliche Tagesordnung. Von den Kommunisten und Unabhängigen wurde die Vorwegberatung ihrer Anträge, den Magistrat zur Auszahlung einer einmaligen Teuerungsbefehle von 1000 M. an die städtischen Arbeiter und nichtständigen Angestellten aufzufordern, durch eine namentliche Abstimmung durchgeführt, bei der mit den drei Fraktionen der Linken auch die Zentrumsekte und Richard Runge gingen, so daß die übrigen bürgerlichen Fraktionen mit 92 gegen 97 in der Minderheit blieben.

Erhöhung der Löhne und Gehälter der städtischen Arbeiterschaft

zu verhandeln, um diese Löhne der tatsächlichen Verteuerung der Lebenshaltung anzugleichen, 2. auf diese Lohnerhöhung sofort einen angemessenen Vorschuß zu zahlen. Genosse Dr. Bohmann begründete den sozialdemokratischen Antrag, indem er überzeugend dargetan, daß man dem Grundübel, daß die Lohnerhöhungen stets dem Ansteigen der allgemeinen Preissteigerung nachhinken, nicht mit dem Palliativmitteln einmaliger Wirtschaftsbefehle beikommen könne, daß vielmehr eine dauernde Regelung der Lohnverhältnisse anzustreben sei, die sich dem jeweiligen Fortschritt der Teuerung anpasse.

Aufhebung der Feuerwache 3 in der Mauerstraße,

für welche Maßnahme Stadtrat Ahrens durchschlagende Gründe anführte, diejenige, betr. den Geschäftsgang des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, wo Platau (Soz.) die entstandenen Unzulänglichkeiten im einzelnen nachwies, während Obermagistratsrat Böbling tatkraftige Abhilfe zusagte, endlich die von den Demokraten eingebrachte Anfrage, betr. die Mißstände, die sich auf den Steuerstellen und in den Innangemeinden bei der Ablieferung der Steuermarken ergeben haben.

Man sagt, der Deutsche habe eine ganz besondere Verantwortung für die „Vereinsmeierei“ und er interessiere sich für eine Sache erst dann, wenn für ihre Förderung ein eigener Verein gegründet sei. Das mag richtig sein. Ebenso richtig aber ist, daß der alte Klassenstaat eine große Fülle von Aufgaben, deren Lösung seine Sache, Sache der Allgemeinheit gewesen wäre, der Tätigkeit privater Vereine überlassen hat.

Der städtische Zuschuß.

Im Etat der Stadt Berlin sind nicht weniger als 161 solcher Vereine aufgezählt, denen städtische Zuschüsse bewilligt worden sind. Alles ist da vertreten, von der Volkshochschule bis zur Schweinezucht, von der Förderung der Sittlichkeit bis zum Zoologischen Garten. Im Etatsauschuß wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß man die Vereinstätigkeit nicht als Selbstzweck betrachten und dabei nicht weiterhin ein besonderes Staatskapitel „Vereine“ führen dürfe. Wir werden bei der jetzigen Ratlage der Stadt noch auf lange hinaus leider all die wichtigen Aufgaben nicht selbst in die Hand nehmen können, aber wir müssen verlangen, daß die Arbeit der Vereine als Ergänzung der selbständigen Arbeit der Stadt gewertet und darum den einzelnen Facetats angegliedert wird.

Kriegsrod im Frieden.

Zwei Brüder von explodierenden Granatzündern getroffen.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich Donnerstag nachmittag im Norden Berlins in der Kolberger Str. 8. Die Ursache des Unglücks, dem die Arbeiter Erich und Max Schöner zum Opfer fielen, ist noch nicht geklärt. Einer von ihnen war auf der Stelle tot, während der jüngere Bruder nach seiner Einlieferung in das Lazarus-Krankenhaus verstarb.

Zu dem furchterlichen Unglück erhalten wir von anderer Seite folgende ergänzende Darstellung. Die beiden Brüder, der 31 Jahre alte Erich und der 29 Jahre alte Max, beides Familienväter, hatten auf dem Hofe des Hauses Kolberger Str. 8 vor etwa 1/2 Jahr eine Remise gepachtet, in der sie allerlei Pumpen und Almetalle aufzubewahren pflegten. Gleichzeitig scheinen sich die beiden Brüder auch noch mit dem Auslesen von Geschossteilen und Zünderteilen auf den in der Umgebung von Berlin befindlichen Schießplätzen beschäftigt zu haben. Die auf den Böden gesammelten Gegenstände wurden dann heimlich in die Remise geschafft und in der Senkgrube des zu ihr gehörigen Pferdestalles aufbewahrt. Zu gelegener Zeit machten sie sich dann daran

und zerhugten die zum Einschmelzen zu großen Stücke und brachten dann das so gewonnene Schrotmetall zum Einschmelzen. Dies war auch gestern vormittag wieder der Fall. Beide Brüder hatten die Senkgrube geöffnet und aus dieser einige Zünder entnommen, um sie zu zerleinern. Durch eine Unvorsichtigkeit sondergleichen ist dann das Unglück in der Wagenremise entstanden, welches beiden Beteiligten das Leben kostete. Als ein besonders Glück muß es bezeichnet werden, daß sich der Fachwerkbau der Remise als stark genug erwies, den Luftdruck der Explosion auszuhalten.

Die Tonleiter als Luftbarkeit.

Neue Methoden übereifriger Steuerkontrolleure.

Sonderbare Blüten fördert die neue verschärfte Luftbarkeitssteuer bzw. die Auslegung eines ihrer Paragraphen zutage. Wie uns mitgeteilt wird, wurden vor einigen Tagen die Vorfindenden einer Anzahl bekannter Vereine durch den Besuch des Gerichtsvollziehers überrascht, der unter Androhung sofortiger Pfändung die Nachzahlung der Differenz zwischen der alten und der neuen Luftbarkeitssteuer verlangte.

Die betreffenden Vereine hatten schon im Januar und Februar ein am 1. April abzuhaltendes Vereinsvergütungen zur Besteuerung angemeldet und in üblicher Weise den Steuerfah auf die Karten ausgedruckt lassen, um diese dann am dem Abend der Veranstaltung von den Besuchern bzw. schon vorher bei dem Vorverkauf der Karten zu erheben. Inzwischen war die Luftbarkeitssteuer erhöht worden und von den Vereinen wurde hinterher das Doppelte von dem erst genehmigten Steuerfah verlangt. Noch toller ist der folgende Fall: Das jährliche Töchterchen eines Gastwirts sah an dem in einem Nebenraum stehenden Klavier und quälte sich mit Fingerübungen ab. Zwei Herren — von Amts wegen Steuerkontrolleure — hörten andächtig zu, während ein dritter Gast, dem das Klappern auf die Nerven gefallen war, schließlich selbst einige Wieder zum Besten gab. Die Folge war eine Vorladung vor das Luftbarkeitssteueramt und die Forderung von 480 M. monatlicher Luftbarkeitssteuer. Alle Einwände des Gastwirts wurden damit beiseite gelassen, die Beamten erklärten, eine Steuerpflicht liege schon dann vor, wenn ein Gast zu seinem eigenen Vergnügen Klavier spiele, ferner auch, wenn die Tochter Klavier übe (!). Sobald das Klavier in den öffentlichen Schankräumen stehe und irgend jemand spiele, trete sofort die Luftbarkeitssteuer in Kraft. — Da diese sonderbaren Auslegungen der neuen Luftbarkeitssteuer vielfach auf Widerspruch gestoßen sind, soll hiergegen im Klagewege vorgegangen werden.

Polizeischnitzerei.

Um das Verständnis des Publikums für die mannigfaltigen und schwierigen Aufgaben der Polizei zu fördern, ist auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern ein Polizeischnitzerei-Kursus für Preußen gegründet worden, dessen Geschäftsstelle sich in der Oberwallstraße 22 (ehemaliges Kronprinzenpalais, Zimmer 50, befindet. Von diesem Kursus werden für die Öffentlichkeit Filme vorbereitet, die z. B. das Publikum über die Gefahren im großstädtischen Verkehr und in der Abwehr des Verbrechertums aufklären sollen. Man hofft, hiernach beim Publikum erhöhtes Verständnis und damit eine Erleichterung der polizeilichen Aufgaben herbeizuführen. So beweisen die hohen Unfallziffern zurzeit noch täglich aufs neue, daß ein großer Teil des Publikums sich den Gefahren des großstädtischen Verkehrs gegenüber zweckwidrig verhält. Für den inneren Dienstbetrieb der Schutzpolizei verschafft der Ausblick in lausender Arbeit Filme und Lichtbilder für Unterrichtswecke. Es wurden bisher u. a. folgende Filme vorgeführt: 1. Welche Methoden dienen der Polizei zur Wiedererkennung von Personen? 2. Die Tüchtigkeit der Schutzpolizei bei Abwehrung eines Theaterbrandes. 3. Polizeihundressur sowie verschiedene Sportfilme.

Neuartig dürfte auch die Methode sein, durch das Lichtbild den Polizeiuunterricht über die Reichs- und Staatsverfassung, das Verwaltungsrecht und andere Gebiete der polizeilichen Fachwissenschaft anschaulich zu gestalten.

Für neugeborene gesunde oder kranke Kinder sollen nach einem Beschluß des Magistrats in den städtischen Krankenhäusern in den ersten zehn Tagen keine Gebühren, für Entbindungen Einheimischer und Auswärtiger sowie von Hauswangeren, außer dem tarifmäßigen Verpflegungslohn, besondere Entbindungsgebühren in keiner städtischen Anstalt erhoben werden dürfen, während von Ausländern für Entbindungen neben den Anordnungen für jede Entbindung 3000 Mark zu erheben sind. Bei Bedürftigen kann eine Ermäßigung oder eine Nachzahlung stattfinden.

Der Ruf durchs Fenster.

21) Roman von Paul Frank.

Büchlich verneigte sich van Hulst hastig, so daß er fast das Gleichgewicht verloren hätte, und unsanft gegen seinen Nebenmann stieß, der ihn mit einem hochmütig-unwilligen Blick streifte, der den kleinen Holländer vor Verlegenheit erröten ließ. Um solche Befangenheit zu verbergen, verneigte er sich noch ungezählte Male, so daß diese unangebrachte Höflichkeit dem Herrn, dessen flüchtige Bekanntschaft er dem Klub verdankte, und der ihn gerührt hatte, auffallend erscheinen mußte. Da Herr van Hulst noch immer das Brennen der Röte auf seinen Wangen verspürte, nahm er entschlossen das Opernglas vor die Augen, in der festen Absicht, so zu verharren, bis es dunkel geworden war und die Vorstellung ihren Anfang genommen hatte. Da er die Ranglogen abfuchte, entdeckte er abermals einen Bekannten, mit dem er kürzlich erst einen überaus vorteilhaften Handel abgeschlossen hatte, Herrn Dimitri Kuligin, neben dem eine Dame Platz genommen hatte, von der man, ihrer Höflichkeit und ihres kostbaren Schmuckes wegen, annehmen konnte, daß sie seine Gemahlin sei.

„Der arme Kuligin...“ murmelte Herr van Hulst. „Was hat der eigentlich von seinem Geld?“ Dann sah er auf seine Taschenuhr. Es fehlten noch zehn Minuten auf acht.

„Frau v. Mückelsburg wünscht den Herrn Direktor zu sprechen...“ meldete Friß, das Faktotum.

Direktor Adrian Weißwasser sah, gleichfalls im Frack, hinter seinem Schreibtisch; er hatte knapp vorher sein Bureau betreten, warf nun einen flüchtigen Blick auf den Abendrapport, schleuderte das Papier beiseite, schlug heftig mit beiden Händen auf die Tischplatte und rief: „Wie oft habe ich dir gesagt...“

„Sie wartet aber doch schon seit einer halben Stunde und läßt sich nicht abweisen!“ antwortete der Diener.

Eine Dame im Pelzmantel, mit pompös gepuhtem Hut, stand in der Tür. „Liebster, bester aller Theaterdirektoren...“

„Amsonst — meine Gnädige — ich selbst habe keinen Sitzplatz! Es handelt sich doch offenbar um ein Billett zur heutigen Vorstellung?“

„Sie haben es erraten!“

„Bei bestem Willen unmöglich! Wir sind ausverkauft bis unters Dach!“

„Es muß sich doch ein bescheidenes Winkelchen finden lassen...“

„Um kein Geld der Welt; sogar meine eigene Loge habe ich verkauft, so daß meine Frau darauf angewiesen ist, bei Freunden gnadenweise aufgenommen zu werden... Ich selber sehe mir die Vorstellung von der Bühne aus...“

„Wenn Sie mir das gestatten wollten...“

„Das dudest wieder der Polizeibeamte nicht.“

„Sie sind grausam, Herr Direktor, und unerbittlich!“

Da das Telephon in diesem Augenblick klingelte, ergriff Direktor Weißwasser das Hörrohr und schrie mit wahrer Stentorstimme: „Hallooooo!“ So daß Frau v. Mückelsburg verschwand.

„Hallo!“ rief der Theaterdirektor, sanfter als vorher. „Ich möchte Sie ganz ergebenst um Rücksicht bitten, weil ich vorhin so sehr gebrüllt habe; es war eben, wie Sie mir glauben dürfen, die einzige Möglichkeit, ein zudringliches Frauenzimmer aus dem Bureau zu scheuchen... Was sie gewollt hat? Ein Freibillett natürlich! Sie sind nicht so unbescheiden? Sie wollen dafür bezahlen! Du lieber Gott, das müßten andere auch... Aber ich kann Ihnen leider ebensowenig helfen! Ich empfehle mich bestens! Auf Wiedersehen! Ich bebaure unendlich!“

„Jugleich warf er das Hörrohr auf die Unterlage und sagte resigniert: „Ich gehe heute überhaupt nicht mehr an den Apparat; und die nächsten sechs Tage ebenfalls nicht. Außerdem bin ich für niemand zu sprechen, Friß, verstanden?“

„Der Herr Regisseur Vater läßt dringend bitten...“ antwortete das Faktotum.

„Was will der Unglücksrabe schon wieder? Es wird doch nichts passieren!“

Der Regisseur, ein schmales, mumifiziertes Männchen mit viel zu großem hochstirnigen Kopf, einem blassen Gesicht, das ein leidender Zug um den Mund melancholisch-greifenhaft erscheinen ließ, trat ein. „Der Theaterarzt meldet soeben, daß Herr Willert knapp 39 Grad Fieber hat.“

„Wird er auftreten können? Ist er überhaupt ins Theater gekommen?“

„Was fehlt ihm denn?“

„Der Arzt meint, daß es die Grippe werden könne... wenn nicht etwas Schlimmeres daraus wird...“

„Versprechen Sie ihm ein Extrahonorar... obwohl die Gefahr besteht, daß er die anderen infiziert...“

„Allerdings.“

„Er spielt den Untersuchungsrichter, nicht wahr? Da ist eine Umbelegung in letzter Stunde unmöglich, da die Rolle zu umfangreich ist. Es bleibt nichts übrig, als daß er spielt. Wirken Sie günstig auf ihn ein und stellen Sie ihm die Prämie in Aussicht... Das wird genügen! Im übrigen besuche ich nur Herrn Reuß in seiner Garderobe und komme dann sofort zu Willert hinüber. Grüßen Sie ihn bestens und sagen Sie, daß er mir persönlich einen Befallen erwiese... Kommen Sie, lieber Vater, gehen wir gleich... Und morgen um halb elf Uhr Umbelegungsprobe auf alle Fälle... Ich will mir inzwischen überlegen, wem wir die Rolle geben könnten...“

Die beiden Herren hatten das Bureau verlassen und waren über die Wendeltreppe hinab auf die Bühne geklettert, auf der bereits reges Leben herrschte; die Arbeiter liefen emsig, geschäftigen, Lasten tragenden Ameisen gleich, hierhin, dorthin, Verlaststücke schlepptend, die sie an Ort und Stelle niederlegten und festbohrten. Warnungsrufe schallten aus der Höhe und zugleich senkte der Prospekt sich nieder, den frächtige Fräule ergriffen hatten, ehe er noch sein Ziel erreicht hatte. Direktor Weißwasser verabschiedete sich von seinem Regisseur, ließ eiligen Schrittes über den rückwärtigen, nicht in Gebrauch genommenen Teil der Bühne, der im Dunkel lag, kletterte jenseits des Ganges die wenigen Stufen empor, beirat hierauf den Gang und trabte diesen hinab, bis er vor der Tür des Ankleideraumes stand, den er Albert Reuß eingeräumt hatte. Er klopfte, wartete eine Weile, ohne daß ihm indessen jemand Antwort gegeben oder im Innern des Raumes sich etwas gerührt hätte.

Direktor Weißwasser warf einen Blick auf seine Taschenuhr, sah, daß ein Viertel acht bereits verüber war, schüttelte den Kopf, erinnerte sich, daß Albert Reuß doch zwei Stunden vor Beginn der Vorstellung im Theater sein wollte, klopfte ein zweites und drittes Mal mit dem gleichen negativen Erfolg und kam schließlich überein, daß der von der langen Eisenbahnfahrt und der anschließenden Probe übermüdete Künstler wohl verschlafen haben müsse...

Am Ende ist er gar in der Garderobe eingeschlämmt und hört nicht... dachte er und öffnete kurzerhand die Tür. Er trat ein, sah sich um, fand den Raum jedoch leer.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Deutsche Kinderhilfe“, die im Winter 1920/21 in ganz Deutschland Spenden für die notleidenden Kinder einlammelte, hat jetzt ihren Spendenbericht veröffentlicht. Aus einem Sonderbericht über die Spendenaktion in Groß-Berlin, der vor einigen Monaten erschien, wurden damals im „Vorwärts“ die Hauptzahlen wiedergegeben. Für das ganze Deutsche Reich stellte der Sammlungsertrag sich auf rund 64 Millionen Mark, wovon annähernd 3 Millionen für Kostosen (Werbung, Verwaltung, hauptsächlich Druckkosten, Schreibgehühren, Porto) aufgewendet werden mußten. Der Kostosenanteil ist knapp 4 1/2 Prozent des gesamten Sammelergebnisses, d. h. von jeder Mark etwa 4 1/2 Pfennig. Er konnte sich auf dieser mäßigen Höhe halten, weil die Jugendwohlfahrtsorganisationen die eigentliche Arbeit unentgeltlich leisteten. Eine Zusammenstellung des Sammelergebnisses aus den einzelnen Provinzen Preußens und aus den übrigen deutschen Staaten zeigt die Ungleichheit der Beteiligung. An der Spitze steht Berlin, das mit allein 7 604 452 Mark mehr als irgendeine Provinz oder irgendeiner der Staaten geliefert hat. Dagegen sind z. B. aus der Provinz Pommern nur 754 060 Mark eingekommen, nicht viel mehr als ein Zehntel des Berliner Ergebnisses. In diesen teuren Zeiten mit ihren hohen Lebensmittelpreisen waren die pommerschen Grundbesitzer wohl zu arm, tiefer in den Beutel zu fassen. Bei der Verteilung der gesammelten Spenden wurden in der offenen Kinderfürsorge Mittel zur Beschaffung von Kleidung und Nahrung sowie Beihilfen zur langfristigen Entsendung in Erholungsstätten gegeben. In der geschlossenen Kinderfürsorge wurden Mütter- und Säuglingsheime, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten, Kruppen, Kindergärten, Kinderhorter, Jugendheime unterstützt, und vor allem die Fürsorge für tuberkulöse und krophulöse Kinder berücksichtigt.

Wie Güter verschwinden.

Eine zehnköpfige Eisenbahndiebesbande verhaftet. Fortgesetzten Güterdiebstählen, die lange Zeit die Eisenbahnbehörde beunruhigten, sind gestern Beamte der Dienststelle B I, 9 auf die Spur gekommen. Diesmal ist es der GdRliger Güterbahnhof, auf dem ungetreue Bahnangestellte Hand in Hand „arbeiten“. Der Arbeiter Paul Schmidt stand mit dem ehemaligen Vorarbeiter Paul Wägler in Verbindung und beide stehen durch andere ungetreue Arbeiter und Angestellte, die, wie sie bei ihrer Festnahme saßen, nicht anders konnten, wenn es die Verhafteten so machten, Güter aller Art verschwinden. Zunächst wurden die Originalfrachtbriefe vernichtet und dafür Duplikate ausgestellt, die auf eine gar nicht existierende Firma ausgeschrieben wurden. Zu der Bande gehörte auch der Kutscher eines großen Expeditionsgeschäftes, der seiner freien Zeit fand, um mit dem Gepan der Expedition Geschäfte auf eigene Rechnung zu machen. Er wurde von den Dieben nach dem Güterbahnhof bestellt, wo ihm die Kisten und Ballen auf sein Fuhrwerk geladen wurden. Ein Ziel wurde ihm gar nicht genannt. Er hatte die Fahrt nach irgendeiner Stadtgegend zu fahren, wo verabredungsgemäß ein anderer Wagen ihm entgegenkam, auf den er die Beutestücke überladen mußte. Die Beutestücke, meistens Stoffe, Wollwaren und dgl., wanderten zu einem Schneider, der davon Anzüge und Kostüme fertigen mußte. Er erhielt seinen Arbeitslohn nicht in barem Gelde, sondern in Naturalien, Eier usw., die sie ebenfalls gestohlen hatten. Die Gesellschaft hat auch in einzelnen Fällen die Frachtstücke nur beraubt und dann wieder verschlossen dem eigentlichen Empfänger zustellen lassen. Ein Teil des gestohlenen Gutes konnte wieder herbeigeschafft werden.

Bad Pödingen.

Ein neuer Wasserortspilz wird in den nächsten Tagen im Norden Berlins der Bevölkerung zugänglich gemacht. Das Leistikopf-Waldstück hat in Pödingen eine umfangreiche Spiel- und Badeanlage geschaffen, die zweifellos in kürzester Zeit ihre Anziehungskraft auf die in der näheren Umgebung wohnende Bevölkerung ausüben wird, insbesondere da durch die Verteuerung der Badgelder der Zug nach den Freibädern für kinderreiche Familien stark eingeschränkt ist. Die Eintrittspreise sind niedrig gehalten. Für Erwachsene ist eine tägliche Benutzungsgeld von 1 M., für Kinder unter 14 Jahren von 50 Pf. vorgelesen. Die Fertigstellung der Anlage hat sich verzögert, weil eine Anzahl stähler Elemente sich nicht ließen, das Allgemeinwohl durch Räuberzettel auf das schwerste zu schädigen. Durch Zusammenarbeit von Publikum und Behörden ist diesem Unweien jetzt Einhalt geboten worden. Eine Anzahl der Uebelthäter wurde festgesetzt und einer exemplarischen Strafe entgegensehrt.

Die Ausstellung der Reichsdruckerei. Im Lichthof des Kunstgewerbmuseums eröffnete Donnerstag mittag die Reichsdruckerei ihre Ausstellung getreuer Nachbildungen von hervorragenden Kupferstichen und Holzschnitten Albrecht Dürers und seiner Zeitgenossen. Reichspostminister Giesberts als oberster Leiter der Reichsdruckerei wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Verwaltung der Reichsdruckerei bei dieser Ausstellung sich von der Hoffnung leiten lasse, daß unserem Volke eine neue Epoche beschieden sein möge, in der Friede und Anmut es aus tiefer Not wieder emporführen. Der Leiter des Kupferstichabteils, Dr. Max A. Friedländer, gab als Hauptzweck der Ausstellung an, daß auf diese Weise versucht werden soll, die treue und gewissenhafte Kunst unserer alten Meister ins Volk zu tragen, sie in edelstem Sinne zu demokratisieren.

Gegen die Bevormundung wohnungsuchender Ausländer richtet sich eine Vorlage, die der gestrigen Schöneberger Bezirksversammlung vorlag und in der das Bezirksamt 16 Fälle mittelste, in denen ganze Wohnungen oder Zimmer an extraterritoriale Ausländer unrentmässig vergeben worden sind. Infolgedessen kam es auch über die Anfrage des Sadio. Dr. Kirchner (Dnat.) und Genossen betreffend Ueberweisung von Wohnungen an extraterritoriale Ausländer auf Anordnung des Auswärtigen Amtes zu einer erregten Aussprache, in der das Auswärtige Amt scharf herangezogen wurde. Bezirksverordneter Leonhardt (Dem.) gab bekannt, daß der Berliner Magistrat bereits in nächster Zeit Maßnahmen treffen werde, um den Wohnungsnotschwierigkeiten Handwerker zu unterbinden oder durch finanzielle Forderungen zu erschweren. Unsere Genossen verheißten in der Aussprache nicht, daß die Deutschnationale zu einem beträchtlichen Teil sich auch von agitatorischen Gründen leiten lassen. Schließlich kam mit den Stimmen der Rechten, der Demokraten und der Sozialdemokraten ein Antrag Kirchner zur Annahme, die Beantwortung des Bezirksamts als Material dem Magistrat Berlin zu überweisen mit dem Ersuchen, Stellung zu nehmen und sich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung zu setzen, damit den Bevormundungen extraterritorialer Ausländer ein Ziel gesetzt wird.

Berliner Postverkehr zu Pfingsten. Am 1. Pfingstfeiertag findet im Ort eine Postbestellung statt. Die Drisbristbestellung ruht am 2. Pfingstfeiertag. Eine Geldbestellung wird an beiden Pfingstfeiertagen nicht ausgeführt. Die Schalter der Zahlstelle des Berliner Postbeamts werden am Pfingstsonnabend bereits um 1 Uhr nachm. geschlossen.

Eine Gesamtvorstandssitzung des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands fand am Sonnabend, den 27. und Sonntag, den 28. Mai, in Berlin statt. Sie beschäftigte sich u. a. mit der Weiterentwicklung sozialistischer Genossen, Harry Kirchner, Oskar Reuter, Harry Oberlein und Buchholz, Stettin, und Harry Meier, Berlin. Kirchner wurde zur Verweisung der Kirchen zur Abhaltung der Reichsfeier ernannt. Einen dritten Raum nahmen die Beratungen zur kommenden Kirchenreform ein. Sollte eine Verfassungsangewandten werden, die jeder neuzeitlichen Anknüpfung Dohn spricht, wird die Evangelische Landeskirche mit Maßnahmen des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands zu rechnen haben. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sei außerdem noch erwähnt, daß beschlossen wurde, den Mitgliedsbeitrag zu verdoppeln und daß die Genossen Harry Evans, Berlin, Lehrer Veitmann, Rallmich und Reichel, Sagan, in den Gesamtvorstand berufen wurden. Zum ersten Vorsitzenden des Gesamtvorstandes wurde Dr. Kästle, Berlin, zum zweiten Vorsitzenden Bernhard Göring, Berlin, gewählt.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft rego. Fische hinreichend, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse ausreichend, Geschäft ziemlich flott. Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 40-48 M., ohne Knochen 49-60 M. Schweinefleisch 45-57 M. Kalbfleisch 30-43 M. Hammelfleisch 30-45 M. Rindfleisch 50-51 M. Schellfisch 10 M. Seelachs 8 M. Schollen 10-11 M. in Eis: Scholle 26-31 M. Hechte 23-25 M. Aale 40-46 M. Lebende Barsche 20-22 M. Karpfen 23-25 M. Biela 15-22 M. Eier 4,50 bis 4,75 M. Nafurbutter 60-75 M. Margarine 32-41 M. Schweineschmalz 45-56 M. Maisgrieß 9-11 M. Gerstengrieß 11 M. Haferflocken 10 bis 14,50 M. Kartoffelmehl 17-18 M. Grießmehl 15-18 M. Reis 10 bis 14 M. Kartoffeln (ausländische) 10-12 M. aus Pfand. Blumenkohl 15-25 M. der Kopf. Salat 3-5 M. der Kopf. Grüne Erbsen 23 bis 25 M. das Stück. Spargel 2-12,50 M. Mohrrüben 8-10 M.

Schweres Grubenunglück in Westfalen.

18 Tote, 29 Verletzte. Auf der Zeche „Helene und Amalie“ im Bergrevier Essen I fand Mittwochabend eine Explosion unter Tage statt. 17 Tote und 29 Verletzte sind geborgen. Acht Mann werden noch vermisst. Die Verunglückten sind noch im Gange. Die amtliche Untersuchung ist, nach einer Mitteilung des Grubensicherheitsamts im Handelsministerium, eingeleitet. Weiter wird gemeldet: Die Explosion auf der Schachtanlage Amalia in Essen hat einen größeren Umfang angenommen, als man zuerst vermutet hat. Sie hat bisher an Opfern 18 Tote und 29 Verletzte gefordert; 8 Mann werden noch vermisst. Es wird vermutet, daß sie an einer durch die Explosion zu Bruch gewordenen Strecke verhängt ist. Sämtliche übrigen Strecken und Bauten sind frei. Die Rettungs- und Bergungsarbeiten haben sofort eingesetzt und werden mit dem größten Nachdruck betrieben. Die Explosion ist allem Anschein nach in der Hauptsache eine Kohlenstaubexplosion gewesen. Sie ist nach den bisherigen Feststellungen ausgegangen von einem abgeworfenen Blindhohloch in der zweiten öffentlichen Abteilung zwischen der 678. und 548-Meter-Sohle, in dem eine Brandscheibe ausgebaut werden sollte. Wahrscheinlich ist hierbei von den damit beauftragten Beamten verbotswidrig geschossen worden, wodurch der vorhandene Kohlenstaub zur Explosion gebracht worden ist. Die Bergbehörde hat unter Hinzuziehung des Betriebsrats die Untersuchung aufgenommen.

Reisenerz mit Millionenchäden in Chemnitz und München. Die Trikotagenfabrik Moritz Frank Sachs, Aktiengesellschaft in Chemnitz, Sachsmert in Böhren bei Kogweim, ist, wie der „Konfessionär“ erfährt, von einem Reiserbrand heimgesucht worden, der Millionenchäden angerichtet hat. Der ganze Betrieb ist stillgelegt. Große Posten fertiger Waren und Vorräte sind vernichtet. In der vergangenen Nacht vernichtete eine Feuersbrunst die Wäsche- und Kleiderfabrik von Kiege in München. Der Schaden beträgt rund 3 1/2 Millionen Mark.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wählgang! Da die Juni-Abteilungsversammlungen schon im Zeichen der Freien stehen, bitten wir ausnahmsweise auf diesem Wege um recht frühzeitige Mitteilung nach Stellung eines Referenten. Sekretariat des Bezirksverbandes.

11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Die Abteilungsleiter müssen die Sammelblätter für die Elternbeiratswahlen bis spätestens 15. Juni beim Genossen Boger, Vertheilungsbüro, 223, Grth. 3 Nr., abgerechnet haben.

Heute, Freitag, den 2. Juni:

24. Wkt. 218, 219, 220, 224, 225, und 227. Bezirk: 8 Uhr bei Jense, Remeler Straße 6, Zusammenkunft.

Morgen, Sonnabend, den 3. Juni:

Charlottenburg-Spannen. Die juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend aus. Sozialdemokratisches Männerchor-Freibund. Am 2. Pfingstfeiertag (Freitag) 5 Uhr in der Dreierlei-Friedrichshagen Doppelstrahlen, unter Mitwirkung des Berliner Einflüsterers. Die Parteilosen sind hierzu eingeladen. Karten à 3,50 M. bei den Mitgliedern und in den Abteilungen des Areifes erhältlich.

Aus der Partei.

Aus dem Bezirk Franken.

Die Parteibewegung im Bezirk Franken hat im letzten Geschäftsjahr einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Gegen das Geschäftsjahr 1920/21 wurden im Jahre 1921/22 84 164 Beitragsermarken mehr umgesetzt. Die Mitgliederzahlen haben sich von 45 272 auf 48 101 erhöht. Gegenüber der Mitgliederbewegung vor dem Kriege ist dies ein Mehr von über 4000 Parteimitgliedern. Die Zahl der Ortsvereine hat sich um 12 vermehrt, so daß wir heute im Bezirk 436 Ortsvereine haben. Abnahmen waren im letzten Jahre 8959 zu verzeichnen. In 38 Städten sind 224 männliche und 12 weibliche Stadträte tätig, in 394 Landgemeinden 952 Genossen und 17 Genossinnen. In den 51 Bezirksstellen besitzt unsere Partei 181 Vertreter, in den Kreisstellen sind 20 Genossen und 1 Genossin tätig. Die im Bezirk vorhandenen 5 Parteizeitungen konnten, trotz wiederholter Abonnementspreiserhöhungen, ihren Bestand halten. Die Frauenbewegung zeigt erfreuliche Fortschritte. In 23 Jugendvereinen sind 2368 Mitglieder vereinigt. Bildungsausschüsse bestehen in 20 Orten. Im letzten Winter wurden vom Bezirksbildungsausschuss 132 Einzelpunkte und 22 Unterrichtskurse abgehalten.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Donnerstag, den 1. Juni.

- 1. Reiten-Härdrennen. 1. Geheimnis (R. Vorwitsch), 2. Reiter (S. Schneider), 3. Maronius (E. Brodel). Tot: 25:10, Platz: 13:24:10. Ferner liefen: Sigurt, Anfahr (angeh.), Zelterinchen (ausgeh.), Gucum, Major Kolb. 2. Blumendo-Härdrennen. 1. Dancide (G. Thales), 2. Cuertreiber (R. Adler), 3. Varma II (A. Lene). Tot: 165:10, Platz: 28:13:10. Ferner liefen: Hainbern, Labrama, Werleburg (geh.). 3. Preis von Stargardt-Härdrennen. 1. Wolpo (u. d. Sollenberg), 2. Langs (u. Steff). Tot: 17:10. 4. Germania-Härdrennen. Ausgleih. 1. Ed (Bär), 2. Sem (Dancide), 3. Sieg (Kardel). Tot: 278:10, Platz: 106, 29:10. Ferner liefen: Romberg, Verette, Bennemar. 5. Kramka-Grünereitrennen. Jagdrennen. 1. Coriolan II (u. Dörenberg), 2. Sanft Martin (R. Müller), 3. Penblid (u. d. Sollenberg). Tot: 19:10. 6. Ausgleih der Vierjährigen. Jagdrennen. 1. Herzog (Burr), 2. Ed (Reia), 3. Prüfung (Stranzlein). Tot: 32:10, Platz: 16:25:10. Ferner lief: Rosenfeld. 7. Preis von Joachimsthal-Härdrennen. 1. Handwuch (Dyhr), 2. Wabaster (Gochler). Tot: 21:10. Ferner lief: Tambur (ausgeh.).

Arbeitersport.

„Vorwärts“-Hamburg. „Frei-Frei“-Richtersfeld. Am 2. Feiertag, nachm. 5 Uhr auf dem Sportplatz in Richterfeld am Postfischhof, Fußballwettkampf: „Vorwärts“-Hamburg-„Frei-Frei“-Richtersfeld. Ab 3 Uhr Faust- und leichtathletische Wettkämpfe.

Wetter bis Sonnabend mittag. Etwas kühler, anfangs viel nach heiter, aber veränderlich mit mäßigen nördlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Später Leichtung und nach Südwest drehende Winde.

Wirtschaft

Steigender Einfuhrüberschuß.

Wie bereits bei der Behandlung der Wirtschaftsfragen im Reichstag angeklagt wurde, hat sich die deutsche Handelsbilanz im April d. J. wieder weiter verschlechtert. Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts hatte der deutsche Außenhandel im April d. J. folgende Ergebnisse: Einfuhr 28,9 Millionen Doppelzentner im Werte von 23,3 Milliarden Papiermark, Ausfuhr 21,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 22,99 Milliarden Papiermark.

Gegenüber dem Monat März beträgt die Zunahme bei der Einfuhr 2,5 Millionen Doppelzentner und 5,4 Milliarden Papiermark, bei der Ausfuhr 0,3 Millionen Doppelzentner und 1,7 Milliarden Papiermark. Da die Einfuhr sowohl der Menge als insbesondere dem Werte nach weit stärker gewachsen ist als die Ausfuhr, hat sich der Einfuhrüberschuß im April stark vergrößert, er beträgt 5,3 Milliarden gegen nur 1,6 Milliarden Papiermark im März.

Die Zunahme der Einfuhr beruht insbesondere darauf, daß im April die Weizeneinfuhr wiederum stark einsetzte (1,3 gegen nur 0,1 Millionen Doppelzentner im März). Ferner weisen Kohlen, Eisen- und Mangangerze, Röhreisen und Eisenbahnzug sowie Thomasblech erheblich größere Einfuhrmengen als im Vormonat auf. Stark im Gewicht zurückgegangen ist die Einfuhr von Reis, Reis, Delfrüchten und Delfrüchten, Bau- und Ruhholz sowie Schwefelkies. Die Entwertung der Mark kommt nun auch in den Einfuhrwerten immer stärker zum Ausdruck, so daß vielfach auch dort starke Rücksetzungen zu verzeichnen sind, wo die Einfuhrmenge zurückgegangen ist.

Die Ausfuhr zeigt mengenmäßig namentlich bei den Fertigfabrikaten im allgemeinen eine Abnahme; wenn gleichwohl die Ausfuhrmenge im ganzen gegenüber dem Vormonat eine weitere Steigerung aufweist, so ist dies daraus zurückzuführen, daß die Mehrzufuhr von einzelnen Massenartikeln wie Eisensalz, Kalksalz, schwefelsaurem Kalk, Chlorkalk, Delfrüchten und Zement andere Rückgänge ausgeglichen hat.

In den 12 Monaten Mai 1921 bis April 1922, für die eine fortlaufende Statistik der Mengen und Werte des Außenhandels vorliegt, hat betragen die Einfuhr 287,2 Millionen Doppelzentner im Werte von 154,9 Milliarden Papiermark, die Ausfuhr 218,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 140,1 Milliarden Papiermark, so daß sich für diese Zeit ein Einfuhrüberschuß von 14,8 Milliarden Papiermark ergibt.

Vor neuen Uebersichten im Ruhrbergbau?

Unter den Bergarbeitern hat die Cigarette des Reichswirtschaftsministers Genossen Robert Schmidt durch ihre erliche Feststellung, daß die Bergleute bisher redlich ihre Schuldigkeit getan hätten, eine nachhaltige Wirkung gehabt. Es wurde begrüßt, daß er anerkannte, daß man die Kohlennot nicht dauernd durch Uebersichten befehlen könne, zumal wenn bei dem oft monatelangen Verlegen der Eisenbahn die Halbenbestände bis zum Himmel gewachsen seien. Man kommt um die Erweiterung der Kohlenbasis durch neue Schächte im Rahmen der Gemeinwirtschaft nicht herum und müsse auch durch technische Verbesserungen das Mögliche tun, um der Kohlennot allmählich ein Ende zu machen.

Die Unternehmer nahmen die Rede des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers zwar etwas trumm. Das schadet nichts. Ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister kann und darf nicht „Der junge Mann“ des Herrn Stinnes sein. Viel wichtiger für die deutsche Wirtschaft ist, daß ihm die Bergleute verstehen und in ihm den Mann ihres Vertrauens sehen, dem sie glauben können, wenn er versichert, daß es ohne ihr Opfer nicht geht.

Und es geht nicht ohne Verstärkung der Kohlenförderung. Wenn wir zurzeit monatlich circa 700 000 Tonnen englischer Kohle einführen müssen, die uns jährlich etwa 12 bis 14 Milliarden Mark kosten und die Kaufkraft des Lohnes und Gehaltes weiter so unterminieren, daß keine Lohnhöhung ein Ausgleich sein kann, so genügt das allein schon, um den wirtschaftspolitisch geschulten Bergarbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß die Forderung nach einem zeitlich auf die Monate der Berkeupannung begrenzten Uebersichtenabkommen keinen unehrlichen Hintertgedanken entspringt. Ueber das „wie“ und die notwendigen Vorbedingungen und Sicherungen wird man reden können und müssen. Soviel aber darf heute schon gesagt werden, daß man den Bergleuten nicht Mangel an guten Willen wird vorwerfen dürfen. Jedenfalls darf das neue Abkommen nicht die Form der früheren Uebersichten (zwei halbe Uebersichten wöchentlich an die normale Schicht angehängt) tragen, weil wir uns den Luxus einer Kohlenpreiserhöhung nicht mehr leisten können, da wir den Weltmarktpreis (einschließlich der Kohlensteuer) erreicht haben. Wir müssen selbst die notwendige Lohnhöhung, die die Anpassung an die Lohnhöhe der übrigen Industriezweige bringen muß, wenn nicht zehnjährige wertvollere Arbeitskräfte aus dem Bergbau abfluten wollen, durch eine rationellere Verteilung der geschlecht festgelegten Arbeitszeit zu gewinnen suchen. Es gibt Wege, die Bergleute zufriedenzustellen und die Gesamtheit des Volkes dabei gewinnen zu lassen. Ueber diese Wege wird zwischen den Beteiligten und der Reichsregierung zur Stunde in Berlin verhandelt. Das letzte Wort in der Sache wird in einer großen Vertrauensmännerversammlung der Bergarbeiterverbände im Ruhrrevier anfangs nächster Woche gesprochen, an der sowohl der Reichsarbeitsminister wie der Reichswirtschaftsminister teilnehmen werden. sak.

Zündholzpreise. Der Verein der deutschen Zündholzfabrikanten hat die Verkaufspreise für Zündhölzer erhöht mit der Begründung, daß die anhaltend steigenden Ausgaben für Rohmaterialien, Löhne und Frachten dies zur zwingenden Notwendigkeit werden lassen. Immerhin aber sei diese Preiserhöhung den Kleinhandel in die Lage, den Abgabepreis an die Kundenschaft bei angemessenem Nutzen noch auf 8,50 bis 9 Mark für das Paket Zündhölzer mit 10 Schachteln festzusetzen. Es liegt also keine Veranlassung vor, daß die Verbraucher die jetzt oft geforderten noch höheren Preise bewilligen.

Erhöhte Gründertätigkeit im Genossenschaftswesen. Während bis zum Februar dieses Jahres die Neugründungen von Genossenschaften die Ausfaltungen nur wenig übertrafen, brachte der Monat März hauptsächlich in der Landwirtschaft eine lebhafte organisatorische Tätigkeit. Das lebhaftere Tempo der Genossenschaftsgründungen hielt auch im April an. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften verzeichnen in diesem Monat einen Zuwachs von 270, worunter sich 131 Elektrizitätsgenossenschaften befinden, ferner 38 Kreditgenossenschaften, vor allem Darlehnskassenvereine. Die Zahl der gewerblichen Genossenschaften weist einen Rückgang um 16 auf. An Wareneinkaufvereinen sind im April 2 an Konsumgenossenschaften 3 mehr gegründet als aufgelöst worden. Die Wohnungs- und Baugenossenschaften vermehrten sich um 41. Der Gesamtbestand der Genossenschaften betrug Ende April 48 663; Ende Februar gab es deren nur 48 075, so daß in diesen beiden Monaten ein Zuwachs von 588 zu verzeichnen ist.

Erhöhung der Röhreisenpreise. Der Röhreisenausschuss des Eisenwerkstoffbundes erhöhte die Verkaufspreise für Juni um rund 300 M. pro Tonne der marktängigen Sorten. Es sollen jetzt nämlich 6724, Gießereiröhren I 6206, Gießereiröhren III 6136 Mark je Tonne. Die Preiserhöhung ist um so bedeutender, als sie naturgemäß eine Erhöhung der Produktionskosten für die Eisenverarbeiter darstellt, deren Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt bereits geschwächt ist.

Das deutsch-italienische Handelsabkommen ist durch Vereinbarung um weitere neun Monate bis zum 28. Februar 1923 verlängert.

